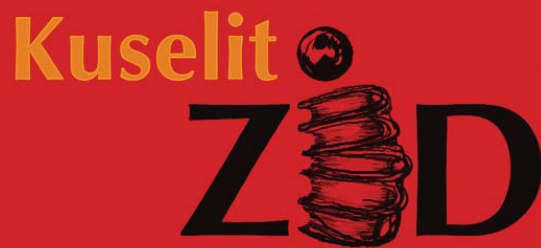


Ausgabe 29/2010

28.07.2010

Zeitschriften-Inhalts-Dienst
Aktuelle Schnellübersicht
juristischer Periodika



- 800 permanent ausgewertete Zeitschriften
- Hinweise auf wichtige Fachliteratur
- Buchbesprechungen im Volltext
- Veranstaltungshinweise . . .

Aktuelle Zeitschriftenliste

Rezensionsangebote

Sehr geehrte LeserInnen,

seit gut vier Monaten tritt mit LEGAL TRIBUNE ONLINE ein journalistisches Angebot zu zahlreichen Facetten des juristischen Betriebs im Netz auf. Mit einer modernen Mischung aus Fachmeldungen, aktuellen News sowie journalistischen Beiträgen aus der Welt des Rechts. Hinter der kurzen Adresse www.lto.de steht die Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland mit ihren renommierten juristischen Fachverlagen.

Juristen aller „Waffengattungen“ dürfen sich damit solider Fachinformation sicher sein. Sympathischen Eigensinn verrät der Anspruch, darüber hinaus auch heitere oder nachdenkliche Beiträgen jenseits der knochentrockenen Juristerei zu publizieren.

Ein starker Kooperationspartner hält den Nutzer darüber hinaus auch ganz allgemein auf dem Laufenden: Aktuelle Nachrichteninhalte auf LTO.de werden von SPIEGEL ONLINE eingespeist – im Gegenzug profitieren die Hamburger Nachrichtenleute vom juristischen Sachverstand der Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland.

Die Welt ist bekanntlich alles, was der Fall ist – oder einer werden könnte. Ein, wenn auch nicht vom Anlass her, schönes Beispiel für die Art, wie LTO.de das Weltgeschehen auf den juristischen Nenner bringt, bietet ein Beitrag von Dr. Alfred Scheidler. Anlässlich der Ölpest im Golf von Mexiko fragte er: „Was wäre wenn ... die deutsche Nordsee betroffen wäre?“ (Sachgruppe 19) Es finden sich neben solch ersten Fragen – auch lesenswerte Porträts und Interviews, wie jenes von und mit dem Hamburger Freshfields-Partner Christoph Seibt, der interessante Einblicke in einen ungewöhnlichen Lebensweg gewährt – es geschieht nicht aller Tage, dass sich ein Anwalt zum mehrmonatigen Sabbatical nach Japan aufmacht. Neben den schönen, unterhaltsamen beziehungsweise informativen Beiträgen öffnen sich beim Klick auf LEGAL TRIBUNE ONLINE umfangreiche nutzwertige Angebote, wie sie heute für ein vollwertiges Medium für Juristen und juristisch Interessierte selbstverständlich sein sollten.

Zu nennen ist beispielhaft die eingebundene Online-Datenbank JURION, eine bewährte Dienstleistung der Gruppe Wolters Kluwer Deutschland. Verfügbar sind hier Leitsätze und Abstracts zur aktuellen Rechtsprechung. Auch wer hier –noch– nicht auf den Vollzugriff setzt, erhält mit diesem Dienst den ersten Überblick, selbstverständlich solide sortiert nach Sachgebiet. Nicht zuletzt ist der von Ihnen geschätzte ZID-Service auf LTO.de verfügbar – der Kuselit-Verlag agiert insoweit als Kooperationspartner der Legal Tribune ONLINE.

Das alles ist schon mehr als ein Grund für Juristen, diese Seite im Blick zu behalten: Dem Anspruch unterrichtet und unterhalten zu werden, begegnen wir in dieser Form nicht oft.

Bereits jetzt können Sie sich ein Bild der Legal Tribune ONLINE machen. Denn beginnend mit dieser Ausgabe werden wir ab sofort in jedem ZID-Newsletter einen ausgewählten Beitrag von LTO.de veröffentlichen.

Christian Dülpers
Redaktionsleiter
Legal Tribune ONLINE

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

2. Recht: Allgemein

3. Staats- und Verfassungsrecht

4. Gesetze und Verordnungen

5. Landesrecht | Kommunalrecht

6. Verwaltungsrecht

7. Glaube | Religion | Kirche

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

9. Privatrecht

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

11. Verkehr | Transport | Reise

12. Strafrecht und Nebengebiete

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

14. Sozialrecht

15. Wirtschaftsrecht

16. Wettbewerb | Kartellrecht

17. Gewerblicher Rechtsschutz

18. Steuerrecht

19. Umwelt | Agrar | Energie

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

24. Asylrecht | Ausländerrecht

25. Europa | Europarecht

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

28. Wirtschaftswissenschaften

29. Sonstiges

IMPRESSUM | ANHANG

Mitarbeiterschulung

Korrespondenz mit dem Insolvenzgericht

17. September 2010, Köln

Schwerpunkte

- Formen der Korrespondenz mit dem Insolvenzgericht
- Das Eröffnungsgutachten
- Der Bericht § 156 InsO
- Die Schlussrechnungslegung

Teilnehmer

- Verwaltersozietäten und -büros
- Rechtsanwaltskanzleien
- Insolvenz Sachbearbeiter
- Insolvenzassistenten

Themen

Korrespondenz mit dem Insolvenzgericht

- Die Bedeutung der schriftlichen Kommunikation mit dem Gericht
- Form der Korrespondenz: Schriftsatz, E-Mail, Fax, Elektronischer Rechtsverkehr

Korrespondenz im Eröffnungsverfahren

- Der Gutachtenauftrag
- Die Anordnung der vorläufigen Verwaltung

Besonderheiten im Verbraucherinsolvenzverfahren

- Der außergerichtliche Einigungsverfahren
- Das gerichtliche Schuldbereinigungsverfahren

Korrespondenz bei Beendigung des Insolvenzverfahrens

Vergütungsantrag des vorläufigen Verwalters

- Entschädigungsantrag des Gutachter
- Stundung der Verfahrenskosten
- Aktensicht im Insolvenzverfahren

Das eröffnete Regelsolvenzverfahren

Anton Deventer

Besonderheiten im eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren

- Allgemeine Verfahrensvereinfachungen § 312 InsO
- Vereinfachte Verteilung § 314 InsO

Das laufende Insolvenzverfahren

Weitere Gläubigerversammlungen

Referent: Hans Werner Castrup, Dipl.-Rechtspfleger (FH), Mühlheim/Ruhr

ÖSTERREICH

Alexander Michalek

Notariatsgebühren und Rechtsanwaltstarif Samt einschlägigen Vorschriften aus dem Gebühren- und Steuerrecht sowie Indexzahlen

24., Aufl., Wien 2010

252 S., €52,53

Erscheinungstermin: Juli 2010

ISBN 978-3-214-06338-2

www.manz.at

Sylvia Leinemann

Neue Informationspflichten der Rechtsanwälte



FA 7/2010, 200-202

Staatsanwaltschaftlicher Sitzungsdienst

Baden-Baden 2010

158 S., €11,90

ISBN 978-3-8329-4740-8

Als Sitzungsstaatsanwalt haben die meisten Referendare das erste Mal die Gelegenheit, allein und eigenverantwortlich in einer Verhandlung vor Gericht aufzutreten. Dabei gilt es, den sich durch Zeugenaussagen und andere Beweismittel verändernden Sachverhalt fortlaufend rechtlich zu würdigen und auf die Geschehnisse im Prozess entsprechend der Strafprozessordnung zu reagieren.

Bei der Bewältigung dieser nicht einfachen Aufgabe hilft das Buch „Staatsanwaltschaftlicher Sitzungsdienst“. Dem chronologischen Ablauf einer Strafsache vor dem Straf- bzw. Jugendrichter folgend, erläutert Oberstaatsanwalt Anton Deventer prägnant alle wesentlichen Verfahrenssituationen und ermöglicht so eine schnelle Einarbeitung in die Rolle eines Staatsanwalts. Ein Anhang aller wichtigen Anträge ermöglicht es, in der Sitzung auftauchende Fragen schnell nachzulesen und hierauf angemessen zu reagieren. Ein Formular für ein Musterplädoyer rundet den Band ab.

www.nomos.de

Mandatsbibliothek

2. Aufl., Bonn 2010

Erscheinungstermin: 07.06.2010

ISBN 978-3-8240-1125-4

€248,00

www.anwaltverlag.de

2. Recht Allgemein

Klaus-Peter Schroeder

Eine Universität für Juristen und von Juristen **Die Heidelberger Juristische Fakultät im 19. und 20. Jahrhundert**

2010

ISBN:
978-3-16-150326-9
500 Seiten
100,- €



Klaus-Peter Schroeder erforscht die Geschichte der Heidelberger Juristischen Fakultät im 19. und 20. Jahrhundert. Eingeschlossen in die Universitätsgeschichte wird die Juristische Fakultät von sämtlichen Höhen und Tiefen der allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland geprägt. Im Rahmen der Heidelberger Universitätsgeschichte nimmt die Historie der Juristischen Fakultät einen besonderen Rang ein: Nach einer Phase des Niedergangs erwuchs die Universität mit dem Übergang an Baden 1803 gleich einem Phönix aus der Asche. Dank einer klugen Berufungspolitik fand auch die Juristenfakultät zu früherem Glanz zurück und trug wesentlich zur Attraktivität Heidelbergs als Studienort im 19. und 20. Jahrhundert bei. Nach dem Umsturz der alten monarchischen Ordnung 1918/19 setzte sich die Mehrheit der Heidelberger Rechtsgelehrten für die Weimarer Reichsverfassung ein.

Nicht nur exzellente Erfolge spiegeln sich in der Geschichte der Heidelberger juristischen Fakultät wider, sondern auch beschämendes Versagen. So wurde 1933 Gustav Radbruch, zeitweilig Justizminister in der Reichregierung, aus politischen Gründen sofort entlassen. Als jüdische Professoren und Professoren mit jüdischen Ehefrauen wurden der Rechtshistoriker Leopold Perels, der Romanist Ernst Levy, der Verwaltungsrechtler Walter Jellinek und Max Gutzwiller entlassen oder in den Ruhestand versetzt.

Bemerkenswert sind die baldige Wiedereröffnung der Fakultät 1945/46 und ihre

rasche Konsolidierung in den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Beschlossen wird die umfangreiche Studie mit der Grundordnung von 1969.

www.mohr.de

Reiner Diederich | Gerhard Löhlein

Entfesselte Wirtschaft - gefesselte Demokratie **Hans See zum 75. Geburtstag**

Frankfurt am Main
ISBN 978-3-939816-11-9
255 Seiten
19.90 €

Inhaltsverzeichnis

Dieter **Boris**
Die Krise als Folge und Ausdruck globaler Ungleichgewichte

Frank **Deppe**
Die „große Krise“ und die Herausforderungen für die Gewerkschaften

Hans-Ulrich **Deppe**
Thesen zum Verhältnis von Neoliberalismus und Gesundheit

Reiner **Diederich**
Wenn der Kapitalismus zum Tier wird
Zur Geschichte und Funktion einer politischen Metapher

Uwe **Dolata**
Compliance versus Corruption

Georg **Fülberth**
Drôle de crise - Die (zunächst) heitere Krise

Friedhelm **Hengsbach**
Der Staat an der Kette der Banken?
Ein politischer Neustart ist möglich 87

Dieter **Henkel**
Arbeit und Sucht

Verena **Herzberger**
Postdemokratie - Wer macht die Nachrichten von morgen?

Stephan **Hessler**
Liberalisierte Finanzmärkte sind entwicklungs- und demokratiefeindlich - nicht nur in der Finanzkrise, auch im Normalbetrieb

Dorothee **Roer**
Soziale Arbeit und Sozialpolitik
Der Beitrag der Mainstream-Sozialarbeitswissenschaften zur (Ent-?)Politisierung der Profession

Jürgen **Roth**
Mythos Mafia
Das Zusammenspiel von organisierter Kriminalität und internationalem Finanzmarkt

Rainer **Roth**
Finanz- und Wirtschaftskrise: Krise des Kapitalismus

Dieter **Schenk**
Kriegsverbrechen in Afghanistan
Einzigster Gewinner ist die Rüstungsindustrie

Erich **Schöndorf**
Um welche Krise geht's denn jetzt?

Eckart **Spoor**
Das zentrale Grundrecht, Nein zu sagen

Manfred **Such**
Banken- und Weltwirtschaftskrise - ein neuer Name für Organisierte Kriminalität?

Rolf **Uessler**
Piraten und der Verfall des staatlichen Gewaltmonopols

Manfred **Wekwerth**
Vom eingreifenden Denken - oder:
Wie ich Hans See kennenlernte

Jean **Ziegler**
Das tägliche Massaker des Hungers

3. Staats- und Verfassungsrecht

Aura María Cárdenas Paulsen

Über die Rechtsvergleichung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Analyse der Heranziehung ausländischer Judikatur

Verfassungsrecht in
Forschung und Praxis
Band 72
Hamburg 2009



214 S.
ISBN: 978-3-8300-4438-3

Zum Inhalt: In einer globalisierten Welt, in der die nationalen Grenzen an Bedeutung verlieren, hat die Rechtsvergleichung eine zunehmende Relevanz.

Die Autorin beschäftigt sich insbesondere mit der Rechtsvergleichung und gesondert mit der Heranziehung ausländischer Judikatur in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Es handelt sich um eine empirische Untersuchung, welche auf einer systematischen und statistischen Analyse dieser Praxis im BVerfG basiert.

Wie oft hat das Bundesverfassungsgericht seit Aufnahme seiner Tätigkeit ausländische Judikatur herangezogen? Von welchen Ländern wird die Rechtsprechung am häufigsten zitiert? Für welche Rechtsfragen kommt die Rechtsvergleichung als Hilfsmittel für die Auslegung von Fragen des nationalen Rechts zur Anwendung? Der statistische Teil der Untersuchung beschäftigt sich mit diesen Fragen und kommt zu interessanten Ergebnissen. Daraus werden unter anderem die Entwicklung der Rechtsvergleichung in Laufe der Jahre und die geographische Vergleichskarte des BVerfG herausgearbeitet.

Darüber hinaus setzt sich die Untersuchung mit der Notwendigkeit der Rechtsvergleichung und der zugrunde liegenden Auslegungsmethoden auseinander. Anhand konkreter Beispiele werden Fälle notwendiger, freiwilliger und beliebiger Rechtsvergleichung dargestellt. In Bezug auf die Auslegungsmethoden

werden die universalistische, die dialogische, die genealogische und die kommunaristische Interpretation als Auslegungsmethoden für die Analyse der Rechtsvergleichung in der Rechtsprechung des BVerfG vorgeschlagen.

In welchem Umfang tragen ausländische Lösungen zur eigentlichen Entscheidungsfindung im Bundesverfassungsgericht bei? Dienen sie als wichtiger Bestandteil oder lediglich als komplementärer Beleg, der ergänzend zu traditionellen Mitteln verwendet wird? Am Schluss dieser Untersuchung wird auf die Bedeutung der Rechtsvergleichung in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eingegangen.

Die Rechtsprechung anderer Länder hat sich öfter durch die deutsche Rechtsprechung bereichert, genauso wie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sich durch die Rechtsvergleichung bereichert und weiterentwickelt hat. Die Verfasserin plädiert dennoch für eine Ausweitung der rechtsvergleichenden Praxis. Im Idealfall sollte eine kontinuierliche gegenseitige Bereicherung geben: nicht nur Rechtsprechungsexport, sondern auch Rechtsprechungsimpport.

Das behandelte Thema lässt weitere Fragen offen. Dennoch kann das Werk für weitgehende dogmatische Untersuchungen hilfreich sein.

www.verlagdrkovac.de

Michael Fehling | Matthias Ruffert

Regulierungsrecht

Tübingen 2010, ISBN 978-3-16-150196-8
1240 Seiten, 125,- €

Oliver **Lepsius**
§ 1 Regulierungsrecht in den USA:
Vorläufer und Modell

Matthias **Ruffert**
§ 2 Europäisches Ausland
§ 3 Völkerrechtliche Impulse und Rahmen
des Europäischen Verfassungsrechts

Oliver **Lepsius**
§ 4 Verfassungsrechtlicher Rahmen der
Regulierung

Hans-Joachim **Cremer**
§ 5 Regulierung und Freiheit

Martin **Leschke**
§ 6 Regulierungstheorie aus ökonomischer
Sicht

Matthias **Ruffert**
§ 7 Begriff

Jens-Peter **Schneider**
§ 8 Telekommunikation

Gabriele **Britz**
§ 9 Energie

Michael **Fehling**
§ 10 Öffentlicher Verkehr (Bahn, ÖPNV)

Matthias **Ruffert**
§ 11 Post

Margarete **Schuler-Harms**
§ 12 Medien

Wolfgang **Kahl**
§ 13 Abfall
§ 14 Wasser

Margarete **Schuler-Harms**
§ 15 Soziale Infrastruktur im Gesundheits-
wesen - der ambulante Sektor

Ansgar **Hense**
§ 16 Soziale Infrastruktur im Gesundheits-
wesen - der stationäre Sektor

Michael **Fehling**
§ 17 Hochschule

Hans-Christian **Röhl**
§ 18 Finanzmarktaufsicht

Oliver **Lepsius**
§ 19 Ziele der Regulierung

Michael **Fehling**
§ 20 Instrumente und Verfahren

www.mohr.de

4. Gesetze und Verordnungen

Michael Stemmer

Vergaberecht Textsammlung

Stuttgart 2010
250 S., 16,50 €
ISBN 978-3-415-04522-4

www.boorberg.de

Reinhard Bork (Hrsg.)

Insolvenzordnung

13. Aufl., Stand: 1. März 2010
München 2010
ISBN 978-3-406-60509-3 (Beck)
ISBN 978-3-423-05583-3 (dtv)
191 S., 8,90 €

InsO vom 5. Oktober 1994
zuletzt geänd. durch Art. 8 Abs. 7 G zur
NeuO der Vorschriften über das
Widerrufs- und Rückgaberecht v.
29.7.2009

Beigefügtes Werk Einführungsgesetz zur
Insolvenzordnung : [(EInsO) vom
5. Oktober 1994, zuletzt geänd. durch
Art. 10 G zur Modernisierung des GmbH-
Rechts u. zur Bekämpfung von Missbräu-
chen v. 23.10.2008] [u.a.]. Textausgabe.

www.beck-shop.de

Gregor Kirchhof

Die Allgemeinheit des Gesetzes

Über einen notwendigen Garanten
der Freiheit, der Gleichheit
und der Demokratie

Tübingen 2009
ISBN: 978-3-16-150149-4

Rezension: Peter Badura



JZ 14/2010, 903

Sebastian Aeppli

Schweizerisches Zivilgesetzbuch mit Nebenerlassen und Verordnungen sowie Bundesgerichtspraxis

Zürich 2010
860 S., €21.00
Erscheinungstermin: Juli 2010
ISBN 978-3-280-07256-1

Das ZGB enthält folgende wichtige
Neuerungen:

- die Aufhebung der Bedenkzeit im
Scheidungsverfahren auf gemein-
sames Begehren
- die durch die eidgenössische
Zivilprozessordnung bedingten
Änderungen im Zivilgesetz-
buch und in den Nebenerlassen
(Inkrafttreten 1. Januar 2011)
- das revidierte Sachenrecht, insbeson-
dere die Einführung des Register-
Schuldbrief

www.books.ch

IDW (Hrsg.)

Wirtschaftsgesetze

ca. 1940 S., 42,00 €
ISBN 978-3-8021-1451-9

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des
Bilanzrechts (BilMoG) vom 15.05.2010
wurden die deutschen Vorschriften zur
Rechnungslegung umfassend geändert.
In der Neuauflage der IDW Textausgabe
Wirtschaftsgesetze finden Sie alle wesent-
liche Vorschriften für Ihre tägliche Arbeit.
Sie hat den Rechtsstand 01.01.2010.
Alle Gesetzesänderungen, die sich seit
der Voraufgabe ergeben haben, sind durch
Randstriche gekennzeichnet und werden
durch Fußnoten erläutert.

www.idw.de

SCHWEIZ

Roland Bieber | Wolfgang Knapp

Recht der Europäischen Union

Textsammlung
2. Aufl., Baden-Baden 2010
ca. 1900 S., ca. €58.00
ISBN 978-3-8329-5230-3

Ein rascher Zugang zu den wesentlichen
Originaltexten des Europarechts in
deren jeweils aktueller Fassung gehört
zu den notwendigen Arbeitsvoraus-
setzungen in Universitäten, Behörden,
Anwaltskanzleien, für Journalisten und
interessierte Bürger.

Die vorliegende Textsammlung enthält
die für Studium und Praxis wichtigen
Texte zum Recht der Union. Das Werk
deckt das gesamte Spektrum des
Unionsrechts ab. Beginnend mit dem
EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags
von Lissabon und dem geänderten
EG-Vertrag – nunmehr Vertrag über die
Arbeitsweise der Europäischen Union
– sowie der Charta der Grundrechte
erfasst es unter anderem Regeln des
Binnenmarktes, des Wettbewerbs,
der Energie- und Umweltpolitik, des
Verbraucherschutzes, aber auch der
justiziellen Zusammenarbeit in Zivil-
und Strafsachen. Im Hinblick auf die inner-
staatliche Anwendung des EU-Rechts
wurden außerdem einige deutsche
Rechtsvorschriften von besonderer
Bedeutung aufgenommen.

www.nomos.de

5. Landesrecht | Kommunalrecht

Günter Voringner

BAYERN

Ernst Dietzel, Dieter Kallerhoff

Rechtsprüfung der Kommunen Rechte und Pflichten kommunaler Mandatsträger auf der Grundlage der Bayerischen Gemeindeordnung

2. Aufl., Stuttgart 2009
206 S., 17,80 €
ISBN 978-3-415-04189-9

Eingehend befasst sich der Autor mit der Verantwortung der kommunalen Mandatsträger für die Rechnungsprüfung. Er beleuchtet von der Auswahl und Bestellung der Ausschussmitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses über das Prüfungsverfahren bis hin zur Umsetzung der Prüfungsergebnisse die entscheidenden Verfahrensschritte. Bedeutung, Stellung und Personalausstattung der Rechnungsprüfungämter sind weitere Themen des Werkes. Die näheren Ausführungen zum Vollzug der Rechnungsprüfung, zur Erweiterung des Prüfberichts und zur Finanzierung der Rechnungsprüfung geben wertvolle Hilfestellungen für die Praxis. Die 2. Auflage enthält außerdem neue Aspekte des Datenschutzes und der Korruptionsbekämpfung.

www.boorberg.de

BRANDENBURG

Landtag Brandenburg
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Festakt für die Gewählten und Ausgeschiedenen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter des Landes Brandenburg

17. März 2009 / Landtag Brandenburg
2009, 33 Seiten, (kostenfrei)

Das Straßenbaubeitragsrecht nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen

7. Auflage, Bonn 2010
ISBN: 978-3-87941-939-5

Rezension: Klaus Grünewald



DVBl. 14/2010, 904-905

VG Frankfurt

Fragerecht der Fraktion einer Gemeindevertretung

U. v. 04.11.2009 - 7 K 1481/09



NVwZ-RR 11/2010, 448-449

HESSEN

Werner Sixt | Johannes Stingel

Gemeindehaushaltsverordnung Ergänzungsband zur Textausgabe Gemeindeordnung für Baden-Württemberg

Stuttgart 2010
ca. 88 S., €5.80
ISBN 978-3-415-04340-4

www.boorberg.de

HESSEN

Lothar Mühl | Rainer Leggereit
Winfried Hausmann

Polizei- und Ordnungsrecht Hessen

3. Aufl., Baden-Baden 2010
235 S., €23.00
ISBN 978-3-8329-5486-4

www.nomos.de

Beatrice Fabry | Ursula Augsten

Handbuch Unternehmen der öffentlichen Hand

2. Aufl., Baden-Baden 2010
700 S., 89,00 €
ISBN 978-3-8329-1660-2

Die aktuelle Neuauflage zeigt die ganze Bandbreite der zur Verfügung stehenden Rechtsformen für öffentliche Unternehmen auf. Unterstützt durch Gestaltungshinweise, Checklisten und Übersichten werden alle wesentlichen Fragenstellungen beantwortet:

- steuerrechtliche Behandlung
- Finanzierungsmöglichkeiten
- Wirtschaftsführung, Rechnungswesen, Prüfung
- Beteiligungscontrolling und -management
- Vergaberecht und öffentliches Preisrecht

Darüber hinaus zeigt das Werk die aktuellen Entwicklungen in wichtigen Themenfeldern rund um Stadtwerke, Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, kommunale Verkehrsunternehmen und Krankenhäuser auf. Auch Public Private Partnerships und die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen einschließlich des Börsengangs kommunaler Unternehmen werden praxisbezogen beschrieben. Die Unternehmenssteuerreform ist bereits berücksichtigt.

Die Herausgeberinnen Rechtsanwältin Dr. Beatrice Fabry und Steuerberaterin Ursula Augsten sind auf die Beratung der öffentlichen Hand und ihrer Unternehmen spezialisiert. Die Autorenschaft besteht aus erfahrenen Praktikern.

www.nomos.de

6. Verwaltungsrecht

Rolf Schmidt

Besonderes Verwaltungsrecht I Öffentliches Baurecht, Subventionsrecht, Beamtenrecht, Öffentliches Sachenrecht

13., Auflage
Grasberg 2010

ISBN 978-3-86651-073-9
448 Seiten; 21.50 €



www.verlag-rolf-schmidt.de

ÖSTERREICH

Casebook Öffentliches Recht

Wien 2010
200 Seiten
Erscheinungstermin: 06.2010

ISBN 978-3-7089-0589-1
17.60 €

www.nomos.de

SCHWEIZ

Stefan Suter

Der Abbruch des Vergabeverfahrens

Basel 2010
Basler Studien zur Rechtswissenschaft
Erscheinungstermin: 30.06.2010

ISBN 978-3-7190-2922-7
240 Seiten, 39.- €

www.helbing-shop.ch

Kai-Dieter Classen

Prüfstein des Rechtsstaates

Die Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Spannungsfeld zwischen liberaler Rechtsstaatlichkeit und Diktatur



JA 7/2010, 487-492

Hermann Avenarius | Hans P. Füssel

Schulrechtskunde

8.Auflage Kronach 2010

Erscheinungstermin:
August 2010

ISBN:
978-3-556-01185-0
800 Seiten, 68.- €



Der Klassiker zum Schulrecht erscheint bereits in der 8. Auflage. Er behandelt aktuelle Entwicklungen und Probleme im Schulalltag beleuchtet, wie etwa das Schulprofil, die Finanzen und die Lehrer. Auch die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Schule kommt zur Sprache, zuletzt ein heiß diskutiertes Thema in der Öffentlichkeit.

Dazu kommen grundlegende Themen wie Personalmanagement und Personalrecht, Datenschutz, Unfall und Haftung an der Schule und das Privatschulrecht.

Die Neuauflage enthält ebenso die verstärkte Eigenständigkeit der Schule und die Auswirkungen auf Organisation und Funktion der Schulaufsicht. Schließlich behandelt es die Konsequenzen, die sich aus der PISA-Studie für die Qualitätssicherung im Schulbereich ergeben.

Didaktisch wertvoll: Ein ausführliches Sachregister sorgt für schnellen Zugriff.

Prof. Dr. Hermann Avenarius, ehem. Stellv. Leiter des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt; Prof. Dr. Hans-Peter Füssel, Abteilungsleiter am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt

www.carlink.de

ÖSTERREICH

Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz

Texte Materialien
Engerwitzdorf 2010

ISBN 978-3-9900804-2-9
169 Seiten, 25.- €

www.prolibris.k-austria.at

André Busche

Handbuch zum Waffenrecht für Jäger

Praktische Kurzreferenz
mit Gesetzestexten

5. Auflage, Kiel 2010

ISBN 978-3-940723-01-7
274 Seiten, 12.90 €

SCHWEIZ

Philippe Ruedin | Urs Christen
Irmtraud Bräunlich Keller

OR für den Alltag

Kommentierte Ausgabe aus der Beobachter-Beratungspraxis
9., Auflage, Zürich 2010
Beobachter-Buchverlag

ISBN 978-3-85569-432-7
976 Seiten, 40.- €

ÖSTERREICH

Herbert König

Die steirischen Schulgesetze

3. Aufl., Graz 2010
144 S., €20.00
Medienfabrik Graz
ISBN 978-3-85295-038-9

7. Glaube | Religion | Kirche


Christian Henkes und Sascha Kneip

Das Kopftuch im Streit zwischen Parlamenten und Gerichten : ein Drama in drei Akten

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialfor-
schung, Berlin (WZB) 2009
Veröffentlichungsreihe der Abteilung
Demokratie, Strukturen, Leistungsprofil
und Herausforderungen des Schwer-
punkts Zivilgesellschaft, Konflikte und
Demokratie 2009

Jonathan Fox | Nukhet A. Sandal

Toward Integrating Religion into International Relations Theory

 ZIB 1/2010, 149-159

Helmut Goerlich | Torsten Schmidt

Res sacrae und die Universitätskirche in Leipzig


Die 1968 gesprengte St. Pauli Kirche zu
Leipzig wird hier zum Thema
staatskirchenrechtlicher Überlegungen.
Die Hintergründe und Folgen eines Ersatz-
oder Wiederaufbaus der Kirche sind
Gegenstand der Ausführungen.

 ZevKR 2010, 46-76

Michael Kögl

Religionsgeprägte Kleidung des Lehrers

Eine Betrachtung der Neutralitätspflicht
des Staates und der Religionsfreiheit im
Sonderstatusverhältnis
SR: Europäische Hochschulschriften,
Reihe II, Rechtswissenschaft, Bd. 4330
Dissertation, Frankfurt am Main 2006

 Rezension: Goos
ZevKR 1/2010, 105-106

Debatte über Religionsfreiheit

55. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 08.07.2010

in:
Das Parlament 28-29/2010
(Beilage DEBATTEDOKUMENTATION)

Volker **Kauder**

Christen sind die am meisten verfolgte
Gruppe der Welt

Christoph **Strässer**

Signale für die weltweite Religionsfreiheit,
(
Guido **Westerwelle**
Plurales Verständnis von Religionsfreiheit

Raju **Sharma**

Freiheit ist immer auch die Freiheit des
Andersgläubigen

Volker **Beck**

Das Entscheidende ist, dass wir alle
Religionen gleich behandeln

Johannes **Singhammer**

Religionsfreiheit heißt nicht Wert-
neutralität

Angelika **Graf**

Religionsfreiheit bedeutet Schutz
aller Glaubensrichtungen

Pascal **Kober**

Die Sehnsucht nach Freiheit

Annette **Groth**

Zusammenhang zwischen Armut und
religiösem Fanatismus

Tom **Koenings**

Religionsfreiheit und Liberalität
sind Identitätszeichen Europas

Erika **Steinbach**

80 Prozent aller aus religiösen Gründen
Verfolgter sind Christen

Siegmund **Ehrmann**

Der Bau von Moscheen ist auch bei uns
nicht ganz stressfrei

Stefan **Ruppert**

Respekt und Toleranz weltweit üben

Ute **Granold**


Jeder soll seine Religion in Gemeinschaft
leben können

Hristo P. Berov

Staat und Glaubensbekenntnisse

Normative Regelung der Religionen und
religiösen Gemeinschaften in Bulgarien
(Darzava i veroizpovedanija, Normativna
uredba na religijata i religioznite obstnosti
v Balgaria)
Sofia 2009

Rezension: Klaus Schrameyer

 JOR 51/2010, 227-229

ÖSTERREICH

Barabara Gartner

Der religionsrechtliche Status islamischer und islamistischer Gemeinschaften

Forschungen aus Staat und Recht, Bd. 165
Wien 2011, 450 S., 89.95 €
Erscheinungstermin: 03.01.2011
ISBN 978-3-7091-0267-1

www.springer.at

Achim Richter | Clemens Schlegelmilch
Björn Starke

Praxishandbuch zum Mitarbeitervertretungsgesetz Evangelische Kirche

Köln 2010, €59.00
ISBN 978-3-472-07686-5
Erscheinungstermin: Dezember 2010

www.wolterskluwer.de

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

Legal Tribune ONLINE

Job. Wissen. Leben.

Hitzewelle Nackte Waden vor Gericht

Nackte Männerwaden

Tropische Temperaturen treiben zurzeit viele Männer in die kurzen Hosen. Das Phänomen macht auch vor den Gerichten nicht halt: Hitzeempfindliche Zeugen erscheinen in Shorts vor dem Richtertisch. Wie einschlägige Urteile belegen, reagiert die Justiz cooler als erwartet.

An einem heißen Augusttag in Rheinland-Pfalz musste ein Mitarbeiter der Post als Zeuge in einem Strafprozess aussagen. Angesichts der hochsommerlichen Schwüle zeigte der Postler Knie: Er trug "City Shorts", wie die Werbung die kurze Jogging-Hose mit Gummiband nannte. Auch oben rum zeigte sich der Zeuge luftig: Ein kurzärmeliges T-Shirt mit dem Aufdruck "Levi Strauss, USA" war das Kleidungsstück seiner Wahl.

Dem Kammervorsitzenden war dies zu viel nackte Haut. Wegen "Ungebühr" verhängte das Gericht ein Ordnungsgeld – ersatzweise Ordnungshaft. Der Zeuge stand zu seinem Sommer-Look und legte Beschwerde ein.

City Shorts, der Zeitgeist und seine textilen Modeerscheinungen

Die Richter am Oberlandesgericht (OLG) Koblenz gaben dem Postmitarbeiter Recht. Ein Erscheinen in "unangemessener Kleidung", so die OLG-Juristen, könne zwar einen Angriff auf das Ansehen der Justiz und somit Ungebühr darstellen; hierzu müsse der Zeuge jedoch durch sein Auftreten bewusst aus dem Rahmen fallen oder provozieren wollen.

Diese Voraussetzung sahen die Richter weder durch die "City Shorts" noch durch das T-Shirt als gegeben an. Die Robenträger bewiesen Sinn für das Legere: Saloppe Freizeitkleidung habe heutzutage "in die verschiedensten Bereiche

des gesellschaftlichen Lebens Einzug gehalten". Dem Zeitgeist und seinen "textilen Modeerscheinungen" dürfe sich eine um Bürgernähe bemühte Justiz nicht verschließen.

Der Zeuge sei an einem besonders heißen Tag zur Mittagsstunde vernommen worden. Seine Aufmachung entspreche somit der Wetterlage. Nachdem sich die Shorts "im übrigen in ordentlichem Zustand" befunden hätten, könne dem Outfit kein provozierendes Element entnommen werden (OLG Koblenz, Beschl. v. 12.10.1994, Az. 1 Ws 672/94).

Kleckerbuxen gehen zu weit

Auf weniger textile Toleranz stieß ein knapp bekleideter Zeuge in der Modemetropole Düsseldorf. Laut Gerichtsakte erschien der junge Mann zur Hauptverhandlung vor dem Amtsrichter in "kurzer, schmutziger Hose". Der Richter erkannte auf Ungebühr und verhängte ein Ordnungsgeld - ersatzweise vier Tage Ordnungshaft. Gegen das Zuchtmittel half auch eine Beschwerde beim OLG nicht. Die Richter am zuständigen OLG-Senat erkannten zwar an, dass nach den "heutigen, liberalen Maßstäben" keine "übersteigerten, an den Menschen früherer Zeitepochen ausgerichteten Anforderungen an die Kleidung" mehr gestellt werden dürften. Selbst eine "ungewöhnliche Aufmachung", die dem überwiegenden Geschmack der Bevölkerung nicht entspräche, sei nicht zwangsläufig ein Angriff auf die Würde des Gerichts. Bei bekleckerten Shorts war das Verständnis der Düsseldorfer Juristen jedoch eindeutig am Ende. Da half es dem Zeugen auch nichts, dass er vorgab, mit den umstrittenen Beinkleidern soeben von der Arbeit gekommen zu sein. Der Gerichtstermin, so die Richter, habe Wochen im Voraus festgestanden. Insofern habe der Shorts-Träger Zeit genug gehabt, seinen "Tages- und Arbeitsablauf" so einzurichten, zum Termin wenigstens in einer sauberen Hose erscheinen zu können (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 07.08.1985, Az. 1 Ws (OWi) 619/85).

Stilmöbel, Jeans und Turnschuhe vertragen sich nicht

Vor voreiligen Käufen von – sauberen - Bermuda-Shorts, Radfahrerhosen oder Knickerbockern sollte dennoch gewarnt werden. So großzügig wie bei Zeugen zeigt sich die Rechtsprechung nicht immer.

Ein Mitarbeiter eines Möbelhauses aus Westfalen etwa musste sich vom dortigen Landesarbeitsgericht (LAG) belehren lassen, dass saloppe Freizeitkleidung im Dienst den Job kosten kann. So entschieden die Richter, dass ein Verkäufer von Artikeln gehobenen Genres in einer Garderobe erscheinen müsse, die dem "Charakter der Produkte" entspreche (LAG Hamm, Beschl. v. 22.10.1991, Az. 13 Ta BV 36/91).

In Anwesenheit von Stilmöbeln sind Jeans und Turnschuhe also tabu – von kurzen Hosen ganz zu schweigen!

Der Autor Dr. Uwe Wolf ist Jurist und freier Autor in Düsseldorf

9. Privatrecht

Jan Ch. Funcke

Die sogenannte *actio quasinegatoria* Zur Frage der quasinegatorischen Unterlassungsansprüche

Berlin 2010
Schriften zum Bürger-
lichen Recht, Band 401

Universität Bielefeld
Diss., 2008
ISBN 978-3-428-12962-1
490 Seiten, 98,- €



Bereits kurz nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs ließ das Reichsgericht über die gesetzlich geregelten Fälle hinaus Unterlassungsklagen zum Schutz vor Verletzungen aller deliktisch geschützten Rechtsgüter zu. Dabei stützte es sich vor allem auf eine Analogie zur 'actio negatoria' des § 1004 BGB, die dem Institut der quasinegatorischen Unterlassungsklage seinen Namen gab.

Die Rechtsprechung hat in der Folge quasinegatorische Unterlassungsklagen in einer Vielzahl von Fallgestaltungen zugelassen. Diese reichen von der Klage auf Unterlassung von Beeinträchtigungen der in § 823 Abs. 1 BGB genannten Rechtsgüter über die Klage auf Unterlassung des Verstoßes gegen - im Wege des § 823 Abs. 2 BGB ins Zivilrecht inkorporierte - straf- und öffentlich-rechtliche Verbotsnormen bis hin zur vom Bundesgerichtshof jüngst gewährten Klage auf Einhaltung baubehördlicher Auflagen.

Die vom Reichsgericht für den quasinegatorischen Rechtsschutz entwickelten Grundsätze werden in der heutigen Rechtsprechung als auch Literatur zumeist keiner Überprüfung unterzogen, sondern als feststehende Rechtssätze behandelt. Indes sind sie geprägt von den am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschenden rechtstheoretischen und rechtsdogmatischen Lehren.

Jan Christoph Funcke unterzieht daher die bis heute angewendeten Grundsätze des quasinegatorischen Rechtsschutzes

einschließlich ihrer rechtshistorischen und rechtstheoretischen Grundlagen einer kritischen Überprüfung.

Inhaltsübersicht

Einleitung

1. Teil: Die Annahme eines materiellrechtlichen Unterlassungsanspruchs: Problemstellung - Die Entwicklung des materiellrechtlichen Anspruchs - Der Anspruch des Bürgerlichen Gesetzbuchs - Der Unterlassungsanspruch als materielles Substrat der Unterlassungsklage

2. Teil: Die Begründbarkeit quasinegatorischer Unterlassungsansprüche: Die Entwicklung des quasinegatorischen Rechtsschutzes in Rechtsprechung und Literatur

- Quasinegatorische Unterlassungsansprüche zur Durchsetzung strafrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Verbotsnormen
- Quasinegatorische Unterlassungsansprüche zum Schutz der in § 823 Abs. 1 BGB genannten Rechtsgüter
- Das Nachbarrecht als Anwendungsgebiet des Quasinegatorischen Rechtsschutzes?

3. Teil: Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung - Literaturverzeichnis - Personen- und Sachwortverzeichnis

www.duncker-humblot.de

Thomas Kröger

Mängelhaftung und Privatautonomie im Business-to-Business-Geschäft Ein deutsch-englischer Rechtsvergleich

Logos Berlin, 2010
Universität Augsburg, Dissertation

ISBN 978-3-8325-2379-4
247 Seiten, 39,- €

www.logos-verlag.de

Hannes Reiher

Der Vertragsbegriff im europäischen Internationalen Privatrecht Ein Beitrag zur Abgrenzung der Verordnungen Rom I und Rom II

Baden-Baden 2010
IUS EUROPAEUM

Band 48

Erscheinungstermin:
Juni 2010

ISBN 978-3-8329-5493-2
221 Seiten, 59,- €



In der Europäischen Union ist im Jahr 2009 ein einheitliches Kollisionsrecht für Schuldverhältnisse in Kraft getreten. Dieses ist auf zwei Rechtsakte verteilt: die Rom I-Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie die Rom II-Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht. Damit wird die Frage, was einen Vertrag im Sinne des europäischen Kollisionsrechts konstituiert, zum zentralen Abgrenzungsmoment des Anwendungsbereichs beider Verordnungen.

Der Verfasser entwickelt in seiner Arbeit ein einheitliches Vertragskonzept für das europäische Kollisionsrecht. Zunächst wird aufgezeigt, dass dem Wortlaut der Verordnungen eine Definition für den Begriff des Vertrages nicht entnommen werden kann. Nach der sich anschließenden rechtsvergleichenden Betrachtung verschiedener Vertragskonzepte stellt sich heraus, dass auch die Übernahme eines bestehenden Modells nicht unproblematisch ist.

Im letzten Teil stellt der Autor ein eigenes Vertragskonzept vor, das unterschiedliche vertragstheoretische Ansätze kombiniert und den Anforderungen an einen einheitlichen kollisionsrechtlichen Vertragsbegriff gerecht wird.

www.nomos.de

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

Tobias Helms | Jörg Kieninger
Christian Rittner

Abstammungsrecht in der Praxis materielles Recht, Verfahrensrecht, medizinische Abstammungsbegutachtung

Bielefeld 2010
ISBN 978-3-7694-1065-5
211 Seiten, 54.- €

www.giesecking.de

Hanns Seidel Foundation
Siegfried Höfling (ed.)

Interventions for the best interest of the child in family law procedures = Interventionen zum Kindeswohl

München: Hanns-Seidel-Stiftung, Akad. für
Politik und Zeitgeschichte

Studies & comments, Band 8
Anmerkungen: Beitr. teilw. dt., teilw. engl.

ISBN 978-3-88795-342-3
127 Seiten

Eva Marie von Münch | Beate Backhaus

Ehe- und Familienrecht von A - Z

über 400 Stichwörter
zur aktuellen Rechtslage
16. Aufl. München 2010

Beck-Rechtsberater im dtv, Bd. 5042
ISBN 978-3-423-05042-5 (dtv)
481 Seiten, 19.50 €

www.dtv.de

SCHWEIZ Helga Oberloskamp | Markus Band

Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige

3. Auflage, München 2010
ISBN 978-3-406-58184-7
XX, 562 Seiten, 49.- €

www.beck-shop.de

Gerhard Schlitt | Gabriele Müller
Hans Christian Blum

Handbuch Pflichtteilsrecht

München 2010
ISBN 978-3-406-58694-1
108.- €

Erika Marek

Kinderbetreuungsgeld NEU 2010

Mit Berechnungsbeispielen für die Praxis

3. Auflage, Wien 2010
131 Seiten, 26.40 €
ISBN 978-3-902770-00-4

www.weissverlag.de

Peter Friederici

Praxis des Versorgungsausgleich

Köln 2010
Erscheinungstermin: Dezember 2010

ISBN 978-3-472-07836-4
150 Seiten
39.- €

www.wolterskluwer.de

Alexandra Rumo-Jungo | Pascal Pichonnaz

Berufliche und freiwillige Vorsorge in der Scheidung 5. Symposium zum Familienrecht 2009

Universität Freiburg
Zürich 2010

ISBN 978-3-7255-6044-8
XIV, 252 Seiten, 69.- €

Das Vermögen der meisten Eheleute ist heute überwiegend in der beruflichen Vorsorge (2.Säule) sowie in der freiwilligen (gebundenen oder ungebundenen) Vorsorge (Säule 3a oder 3b) angelegt. Aus diesem Grund drehen sich die finanziellen Auseinandersetzungen bei einer Scheidung hauptsächlich um diese (einzigen) Vermögenswerte. Die Entscheidungen darüber sind mitunter von existenzieller Bedeutung.

Das Symposium zum Familienrecht vom September 2009 in Freiburg i.Ue. befasste sich mit diesen Themen unter dem Titel: «Berufliche und freiwillige Vorsorge in der Scheidung». Die vorliegende Publikation enthält das Ergebnis dieser Tagung. Die Beiträge stellen den Stand der rechtswissenschaftlichen Lehre und Rechtsprechung dar, regen aber auch manche Frage de lege ferenda an oder nehmen Gesetzesvorhaben kritisch unter die Lupe. Insofern ist diese Publikation ein Beitrag zur rechtspolitischen Diskussion im Vorsorgerecht.

Als Dienstleistung für die Praktikerin und den Praktiker ist zudem eine umfassende Übersicht über die vorsorgerechtliche Rechtsprechung und Literatur von Juni 2007 bis Juni 2009 enthalten.

www.schulthess.com

11. Verkehr | Transport | Reise

30. Homburger Tage 2010

vom 15.-17.10.2010, Homburg

Gregor Galke

Neueste Rechtsprechung des BGH zur Haftung von Fahrer und Halter

Hermann Plagemann

Sozialleistungsansprüche nach einem Schadensfall. Ausstrahlungen auf die Schadensregulierung

Marion Harsdorf-Gebhardt

Aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshof zur Haftpflichtversicherung

Jürgen Cierniak

Strafprozessuale Beweisverbote in Verkehrssachen

www.verkehrsanwaelte.de

Rüdiger Balke | Gesine Reiser
Matthias Quarch

Regulierung von Verkehrsunfällen

Baden-Baden 2010
ISBN 978-3-8329-4067-6
480 Seiten, 68,- €

Die Regulierung von Verkehrsunfällen stellt nicht nur für ausschliesslich im Verkehrsrecht tätige Anwälte einen zentralen Bereich der Berufstätigkeit dar. Eine Vielzahl von Mandanten muss innerhalb eines knappen Zeitraums reguliert werden, Sachverständige gefunden, Korrespondenz mit Kraftfahrzeug- und Rechtsschutzversicherung geführt und das Unfallgeschehen für eine etwa erforderliche Klage dargestellt werden. Die Ansprüche der Mandanten und die Schadenspositionen. müssen erfasst und der erfolgsversprechendste Weg für die Durchsetzung geplant werden. Das Werk hilft, die Qualität in der Mandatsbearbeitung zu steigern und bietet mit seiner besonders praxisnahen Strukturierung nach Stichworten in den einzelnen Bereichender Unfallregulierung schnellen Zugriff auf Problemlösungen.

www.nomos.de

Konrad Bauer

StVO Straßenverkehrsordnung

Mit den Änderungen zum 01.09.2009
11. Auflage, München 2009

ISBN 978-3-406-59420-5
180 Seiten, 4,50 €

Die preiswerte Neuauflage bietet Ihnen schnelle, aktuelle Information rund um die StVO. Besonders praktisch: In Handschuhfach oder Aktentasche ist dieser Band stets ein zuverlässiger Begleiter. Ob beruflich verkehrsrechtlich tätig oder als Verkehrsteilnehmer, damit verschaffen Sie sich spielend den Überblick über Rechte und Pflichten im Straßenverkehr. Eine gut verständliche Einführung und ein ausführliches Sachverzeichnis helfen Ihnen bei der Orientierung.

Die Neuauflage verarbeitet die am 1.9.2009 in Kraft tretende 46. Straßenverkehrsrechts-Änderungsverordnung, die umfangreiche Neuerungen der StVO mit sich bringt:

- Abschaffung praxisuntauglicher Verkehrszeichen
- Neustrukturierung der StVO
- wichtige Änderungen der Radverkehrsvorschriften

www.beck-shop.de

Hentschel | Krumm

Fahrerlaubnis und Alkohol

5. Auflage, Baden-Baden 2009
ISBN 978-3-8329-4477-3
456 Seiten, 49,- €

www.nomos.de

Albrecht Friesecke | Beate Heinz

Bundeswasserstraßengesetz

6. Auflage, Köln 2009
Mit kostenlosem Newsletter-Service

ISBN 978-3-452-26906-5
966 Seiten, 168,- €

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe wurde das Bundeswasserstraßengesetz in einem bisher nicht gekannten Umfang geändert. Ebenso erfuhren andere relevante Gesetze - nicht zuletzt durch die Föderalismusreform - zahlreiche Modifikationen. Für die 6. Auflage wurde das Werk deshalb umfassend überarbeitet und weite Teile der Kommentierung sogar vollständig neu gefasst.

Unverändert geblieben ist dabei die Zielsetzung des Werks: Der Rechtspraxis Hilfen bei der Anwendung des Bundeswasserstraßengesetzes zu geben und in den vielfältigen Zusammenhängen zu anderen Rechtsgebieten die Strukturen zu verdeutlichen, die das Wasserwegerecht prägen.

So geht die Neuauflage nun in erweitertem Umfang auf das allgemeine Fachplanungsrecht ein; zudem stehen die dichter und komplizierter gewordenen Verflechtungen des Wasserwegerechts zum Umweltrecht besonders im Blickpunkt.

www.heymanns-verlag.de

Uwe Lenhart

Verteidigung bei unerlaubtem Entfernen vom Unfallort



NJW 30/2010, 2184-2185

12. Strafrecht und Nebengebiete

Markus Adick

Organuntreue (§ 266 StGB) und Business Judgment

Die strafrechtliche Bewertung
unternehmerischen Handelns unter
Berücksichtigung von Verfahrensregeln

Europäische Hochschul-
schriften - Reihe II
Band 5025

Frankfurt am Main 2010
Dissertation
ISBN 978-3-631-59656-2
129 Seiten, 35.80 €



Unter welchen Voraussetzungen sich Or-
gane juristischer Personen im Zusammen-
hang mit unternehmerischen Entschei-
dungen (Eingehen von Vermögensrisiken,
Vergütungsentscheidungen etc.) wegen
Untreue strafbar machen können, ist eine
zentrale Frage des Wirtschaftsstrafrechts.

Unternehmerische Entscheidungen erfol-
gen stets unter Unsicherheit. Wer im
Wirtschaftsleben erfolgreich agieren
will, ist gezwungen, Risiken einzugehen.
Gleichwohl wird nicht selten der Vorwurf
der Untreue erhoben, wenn Entschei-
dungen sich im Nachhinein als verlustbrin-
gend erweisen oder sie wegen ihres
Inhalts (z. B. Vergütungsentscheidungen)
öffentlich kritisiert werden. Der Verfasser
legt dar, dass es die im Gesellschaftsrecht
bereits anerkannten «sicheren Häfen»
für unternehmerisches Handeln auch im
Strafrecht gibt. Die Elemente der Business
Judgment Rule und ihre Übertragung auf
das Strafrecht, insbesondere auf das in
§ 266 StGB genannte Merkmal der Pflicht-
verletzung, bilden die Eckpunkte. Der
Verfasser zeigt, dass die Einhaltung von
Verfahrensregeln (Entscheidungszustän-
digkeiten, Transparenzvorgaben, Regeln
zur Vermeidung von Interessenkonflikten
etc.) die Rechtmäßigkeit unternehmeri-
schen Handelns indizieren und eine
Orientierung an den Kriterien der Busi-
ness Judgment Rule das Risiko strafrecht-
licher Vorwürfe verringern oder aus-
schließen kann.

Aus dem Inhalt:

- Grundlegendes zu § 266 StGB
- Spezifika der Organuntreue
- Kredituntreue
- Unternehmerisches Ermessen
- Risikomanagement
- Elemente der Business Judgment
Rule
- Compliance und Corporate
Governance - Interessenkonflikte
- Bedeutung von Verfahrensregeln

www.peterlang.de

DVJJ

Deutsche Vereinigung
für Jugendgerichte
und Jugendgerichtshilfen e.V.

28. Deutscher Jugendgerichtstag

11.-14.09.2010, Münster

Anmeldeschluss: 30.07.2010

Die Fachtagung für alle mit Jugendstraf-
verfahren und Jugenddelinquenz befas-
sten Berufsgruppen

Alle drei Jahre richtet die DVJJ den Deut-
schen Jugendgerichtstag aus. Der Deut-
sche Jugendgerichtstag ist die zentrale
Tagung für alle Berufsgruppen, die am
Jugendstrafverfahren mitwirken oder sich
wissenschaftlich mit Jugendkriminalität
befassen. Die Veranstaltung bietet die Ge-
legenheit, sich über grundlegende und ak-
tuelle Themen der Jugendkriminalrechts-
pflege zu informieren und zu diskutieren,
neue ebenso wie bewährte Projekte und
Initiativen kennen zu lernen und sich zum
intensiven Austausch mit Vertretern aller
Institutionen der Jugendkriminalrechts-
pflege zusammen zu finden.

www.jugendgerichtstag.de

Annett Wendler

Die Haftung der Betriebsbeauftragten im Strafrecht

Insbesondere des Gewässerschutz-,
des Gefahrgut- und des
Strahlenschutzbeauftragten

Baden-Baden 2010
Studien zum Strafrecht, Band 42
Erscheinungstermin: Juni 2010
ISBN 978-3-8329-5533-5
526 Seiten, 109,- €

www.nomos.de

H. E. Simon | Claus A. Vogelberg

Steuerstrafrecht

3. aktualisierte Auflage
Stuttgart 2010
Erscheinungstermin: 09.11.2010
ISBN 978-3-7910-2969-6
432 Seiten, 79.95 €

www.schaeffer-poeschel.de

Diethelm Kleszczewski | Frank Neuhaus
Steffi Müller-Mezger

Strafrecht in der Zeitenwende

Paderborn 2010, mentis Verlag
fundamenta iuris, ISBN 978-3-89785-487-1
148 Seiten, 18.80 €

- Wolfgang **Schild**
Anmerkungen zum Strafrecht in den
vier Zeitenwenden
- Michael **Kahlo**
Die Aufklärung als »Zeitenwende«
und ihre Konsequenzen für die
strafrechtliche Beurteilung staatlicher
Folter
- Henning **Radtke**
Ziviler Ungehorsam - Rechtsphiloso-
phische Grundlagen und strafrechtli-
che Bedeutung
- Andreas **Mosbacher**
Recht als Unrecht - Mauerschützen-
prozesse und anderes
- Miguel **Polaino-Orts**
Feindstrafrecht: funktionale Entmythi-
fizierung eines Begriffes

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

Kathleen Müller

Umgestaltung der Arbeitszeit Bedeutung, Umsetzung und rechtlicher Hintergrund flexibler Arbeitszeitmodelle

ISBN:
3-8324-3140-3
127 Seiten



Bei der vorliegenden Studie "Umgestaltung der Arbeitszeit" handelt es sich um einen Leitfaden zur betrieblichen Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen. In einem ersten Schritt erhält der interessierte Unternehmer einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten und kann sich über bestehende Möglichkeiten und praktizierte Arbeitszeitmodelle informieren. Unter Schlagworten wie Produktivitätserhöhung und Mitarbeitermotivation werden deren Nutzen und Konsequenzen untersucht. Ein eigenes Kapitel ist den gesetzlichen Vorschriften bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit gewidmet. Unter Einbezug des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) und Ausführungen über die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, werden neben bekannten Regelungen auch Gesetzesänderungen angesprochen. Besondere Praxisrelevanz ist dem Kapitel „Flexible Arbeitszeitmodelle in der Praxis“ beizumessen, welches sich mit der betrieblichen Einführung auseinandersetzt und die Anleitung zur Erstellung eines individuellen Konzepts gibt. Abschließend wird dargestellt, welche Methoden es zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der neuen Arbeitszeitsysteme gibt und auf welchem Weg andere Unternehmen in der Praxis dem Trend der Flexibilisierung bereits gefolgt sind.

www.martin-meidenbauer.gleich-lesen.de

Georg Jäger

Der Anstellungsvertrag des GmbH-Geschäftsführers

5. Auflage, München 2009
ISBN 978-3-406-58983-6
302 Seiten, 29,50 €
Mit MoMiG und AGG



Ausführliche Vertragsmuster mit Erläuterungen unter anderem zu:

- Zustimmungspflichtigen Geschäften,
- Selbstkontrahieren,
- Pflichten und Verantwortlichkeit,
- Wettbewerbsverbot,
- Erfindungen,
- Versorgung,
- Vertragsdauer und Kündigung sowie
- Herausgabe von Unterlagen.

Abgedruckt und erläutert: eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, eine Aufhebungsvereinbarung sowie das Muster einer Change-of-Control-Regelung.

Zur 5. Auflage: Insbesondere die Gesetzesänderungen durch das MoMiG und das AGG sowie zahlreiche wichtige Urteile wurden in Vertragsmuster und Erläuterungen eingearbeitet.

www.beck-shop.de

öAT

Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht



Zeitschrift - E-Letter - Datenbank
1. Jahrgang 2010. Erscheint monatlich,
inkl. E-Letter und Datenbank-Nutzung.

C. H. Beck ISSN 1869-9367

Schnupper-Abo !!

www.beck-shop.de



Die komplette Übersicht über alle bisher erschienenen Ausgabe in der heutigen ZID-Ausgabe!

Victor Linden

Gewerkschaften in Bewegung Revitalisierung des politischen Mandats und Bündnisse mit sozialen Bewegungen

Diplomarbeit
ISBN 9783941274006
28,- €



Die Gewerkschaften stehen an einem Scheideweg. Die vielzitierte Krise der Gewerkschaften gefährdet zwar nicht ihre Existenz, jedoch verlangt sie eine Entscheidung hinsichtlich ihrer Funktion und ihres Rollenverständnisses. Die Entscheidung lautet: Akzeptieren die Gewerkschaften das neue Kräfteverhältnis von Arbeit und Kapital und begeben sich in die Rolle eines pragmatischen Modernisierungsbegleiters, der sich auf eine abgeleitete Macht als Ordnungsfaktor stützt, die ihm vom Kapital und Staat noch gewährt wird? Verstehen sich die Gewerkschaften als nationale Dienstleistungsorganisationen ihrer Mitglieder, die sich auf ihre Kerngeschäfte der Tarif- und Betriebspolitik konzentrieren, um die knapper gewordenen Machtressourcen effektiv und im Organisationsinteresse einsetzen zu können? Oder... Über dieses "oder", über Alternativen zu einem kooperativ-konzentrierten Rückzug der Gewerkschaften wird in der vorliegenden Arbeit diskutiert werden.

Keywords: Gewerkschaften, soziale Bewegungen, neue soziale Bewegungen, Arbeiterbewegung, politisches Mandat, Gegenmacht, Intermediaritätsthese, sozialer Korporatismus, Wettbewerbskorporatismus, symbolischer Euro-Korporatismus, Revitalisierung, Repräsentationskrise, Legitimationskrise, Zivilgesellschaft, Gewerkschaftsbewegung, innergewerkschaftliche Demokratie, Internationalismus, Solidarität, Social Movement Unionism, Ordnungsfaktor, Organizing; Bündnisse, Korporatismus, europäische Integration, soziale Demokratie, Deutschland [DNB], Gewerkschaft [DNB], Entwicklung [DNB],

www.optimus-verlag.de

14. Sozialrecht

Rüdiger Zuck

Kommentar zum Zahntechnikrecht im SGB V

2. Auflage

Baden-Baden 2010

Erscheinungstermin:

Juni 2010

ISBN 978-3-8329-5707-0

150 Seiten, 38.- €



Das Recht der zahntechnischen Leistungen ist Bestandteil der zahnärztlichen Leistung. Es ist dem Zahnarztrecht deshalb zugeordnet. Die hier vorgelegte Kommentierung löst das Zahntechnikrecht aus dem allgemeinen Zahnarztrecht heraus, um den Besonderheiten bei der Erbringung zahntechnischer Leistungen besser gerecht zu werden. Der Zahntechnikermeister erbringt seine Leistungen für gesetzliche und für privat Versicherte oder Beihilfeempfänger.

Die Darstellung beschränkt sich auf das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung, ausgehend von der Rechtslage der insoweit maßgeblichen Vorschriften des SGB V. Der Zahntechnikermeister ist nicht Freiberufler, sondern Handwerker. Das Handwerksrecht bleibt in dieser Darstellung jedoch ausgeklammert, weil es für die Leistungserbringung gegenüber dem Versicherten unmittelbar bedeutungslos ist. Die Probleme des deutschen Zahn-technikerhandwerks bestehen unverändert fort. Sie betreffen u.a. die Abhängigkeit der Zahntechniker vom auftraggebenden Zahnarzt, das Verhältnis zu dessen Praxislabor, die technischen Voraussetzungen bei der Herstellung von Zahnersatz, die Konkurrenz mit ausländischen Anbietern von Zahnersatz, den Abschluss von Selektivverträgen durch die gesetzlichen Krankenkassen, die Erfordernisse der Qualitätssicherung und die Gewährleistung einer angemessenen Vergütung für zahntechnische Leistungen.

Die 2. Auflage erörtert die Rechtslage auf der Grundlage von Rechtsprechung und Schrifttum zum 01.03.2010.

www.nomos-shop.de

Ulrich Becker | Friso Ross | Markus Sichert

Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb in der Krankenhausversorgung

Steuerungsinstrumente in Deutschland
den Niederlanden, der Schweiz
und den USA
im Rechtsvergleich

Studien aus dem Max-Planck-Institut für
ausländisches und internationales Sozial-
recht, Band 48

Baden-Baden 2010

ISBN 978-3-8329-5372-0

539 Seiten, 99.- €

Der vorliegende Band erhellt Strukturen und Wirkungszusammenhänge normativer Steuerung durch Wettbewerb in einem besonders kostenintensiven Bereich der medizinischen Versorgung: dem Krankenhaussektor. Im Blickpunkt der rechtsvergleichenden, um wirtschaftswissenschaftliche Kommentare ergänzten Studie stehen die Bundesrepublik, die Niederlande, die Schweiz und die USA. In allen Ländern dient Wettbewerb als Steuerungsinstrument, um wohlfahrtstaatliche Allokationseffekte zu erzielen und Kostensteigerungen zu begegnen. Doch variieren Wettbewerbsverständnis sowie Art und Umfang wettbewerblicher Elemente und die ihnen zugeordneten Steuerungsmechanismen erheblich. Gleichzeitig unterliegt Wettbewerb seinerseits normativer Steuerung. Er steht in einem Spannungsverhältnis zu staatlicher Intervention und Regulierung, die einer solidarischen und einer bedarfsgerechten Versorgung verpflichtet sind und die gesetzliche Sicherungssysteme herkömmlicher Prägung kennzeichnen. Im einzelnen befasst sich die Untersuchung mit unterschiedlichen Aspekten und Konsequenzen des Einsatzes wettbewerblicher Elemente zur Zielerreichung, mit der Fortentwicklung institutioneller und organisatorischer Strukturen, mit der Qualifikation des Wettbewerbs als Strukturprinzip des Gesundheitsrechts und im Gefolge dessen schließlich mit den sich verfestigenden Entwicklungen hin zu „Gesundheitswettbewerbsrecht“ und -kontrolle.

Inhaltsverzeichnis

- Ulrich **Becker**
Funktionen und Steuerung von Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb im Gesundheitswesen
- Markus **Sichert**
Wahl und Wettbewerb im regulierten System - Normative Steuerung der Krankenhausversorgung in Deutschland
- Günter **Neubauer**
Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb in der Krankenhausversorgung aus gesundheitsökonomischer Sicht - Kommentar zum Bericht über Deutschland
- Christina **Walser**
Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb in der niederländischen Krankenhausversorgung
- Hans **Maarse**
Kommentar zum Bericht über die Niederlande aus ökonomischer Sicht
- Friso **Ross**
Wahl und Wettbewerb als normative Steuerungsinstrumente für die Krankenhausversorgung in der Schweiz
- Jürg H. **Sommer**
Regulierter Wettbewerb im schweizerischen Gesundheitswesen - Kommentar zum Bericht über die Schweiz aus ökonomischer Sicht
- Robert F. **Rieh** | Christopher T. **Erb**
Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb in der Krankenhausversorgung der USA
- Markus **Sichert** | Friso **Ross**
Wahl und Wettbewerb als Strukturmerkmale des Gesundheitsrechts. Rechtsvergleichende Analyse von Steuerungsinstrumenten in der Krankenhausversorgung Deutschlands, der Niederlande, der Schweiz und der USA

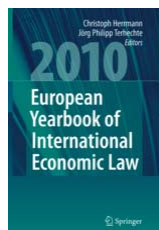
www.nomos-shop.de

15. Wirtschaftsrecht

Christoph Herrmann
Jörg Philipp Terhechte (Hrsg.)

European Yearbook of International Economic Law 2010

Berlin 2010
ISBN:
978-3-540-78882-9
428 Seiten
160.45 €



The first volume of the new Yearbook tries to catch the broadness of contemporary International Economic Law. In part I, it brings together articles on a variety of subjects, reaching from exchange rate manipulation and financial market supervision over international investment law including the growing investment protectionism to recent developments of the external economic constitution of the European Union and the relationship between climate change and International Economic Law. Part II tries to cover the major regional economic integration developments around the globe, analysed in different articles covering the different regions. Part III informs about recent activities in some of the major global economic institutions.

Christoph **Ohler**
International Regulation and Supervision of Financial Markets After the Crisis

Christoph **Herrmann**
Don Yuan: China's "Selfish" Exchange Rate Policy and International Economic Law

August **Reinisch**
Protection of or Protection Against Foreign Investment?: The Proposed Unbundling Rules of the EC Draft Energy Directives

Andreas R. **Ziegler**
The Nascent International Law on Most-Favoured-Nation (MFN) Clauses in Bilateral Investment Treaties (BITs)

Till **Müller-Ibold**
Foreign Investment in Germany: Restrictions Based on Public Security Concerns and Their Compatibility with EU Law

Marc **Bungenberg**
Going Global? The EU Common Commercial Policy After Lisbon

Markus **Krajewski**
Services Trade Liberalisation and Regulation: New Developments and Old Problems

Jörg Philipp **Terhechte**
Applying European Competition Law to International Organizations: The Case of OPEC

Roland **Ismer**
Mitigating Climate Change Through Price Instruments: An Overview of the Legal Issues in a World of Unequal Carbon Prices

Richard **Senti**
Regional Trade Agreements in the World Trade Order

Marise **Cremona**
The European Union and Regional Trade Agreements

Tomer **Broude**
Regional Economic Integration in the Middle East and North Africa: A Primer

Jeffrey L. **Dunoff**
North American Regional Economic Integration: Recent Trends and Developments

Gabriele **Tondl** | Timo **Bass**
Integration in Latin America

Chien-Huei **Wu**
The ASEAN Economic Community Under the ASEAN Charter; Its External Economic Relations and Dispute Settlement Mechanisms

Edwini **Kessie**
The Doha Development Agenda at a Crossroads: What Are the Remaining Obstacles to the Conclusion of the Round?

Wolfgang **Bergthaler** | Wouter **Bossu**
Recent Legal Developments in the International Monetary Fund

Katharina **Gnath**
Developments at the G8: A Group's Architecture in Flux

Oliver **Dörr**
Jens-Christian Gaedtke, Politische Auftragsvergabe und Welthandelsrecht

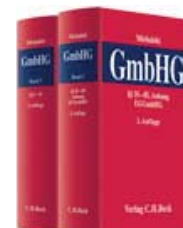
Erich **Vranes**
Markus Gehring, Nachhaltigkeit durch Verfahren im Welthandelsrecht. Umwelt- und Nachhaltigkeitsprüfungen und die WTO

www.springer.com

Lutz Michalski

Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz)

2. Auflage
München 2010
ISBN:
978-3-406-59625-4
378,- €



Band 1
Systematische Darstellungen §§ 1-34 GmbHG. Internationales Gesellschaftsrecht und Rechtsvergleichung, Besteuerung der GmbH, Konzernrecht, Finanzierung der GmbH

Band 2
§§ 35-85 GmbHG, EGGmbHG (2500 S.)

Dieser in zwei Bänden angelegte Kommentar für Praxis und Wissenschaft hat durch sein innovatives Konzept schon in der ersten Auflage überzeugt. Er bietet nicht nur fundierte und aktuelle Erläuterungen des GmbHG, des neuen EGGmbHG und der neuen GmbH-Vorschriften der InsO. Zusätzlich sind den Kommentierungen oft auch systematische Darstellungen zu Grundlagen und übergreifenden Aspekten des GmbH-Rechts vorangestellt, die den Blick für Gesamtzusammenhänge schärfen.

www.beck-shop.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

Bernd Grzeszick

Wohlfahrt zwischen Staat und Markt

Korporatismus, Transparenz und
Wettbewerb im Dritten Sektor

Berlin 2010
Schriften zum Öffentlichen Recht,
Bd. 1164
Erscheinungstermin: Juni 2010

ISBN 978-3-428-13188-4
83 Seiten, 58,- €

www.duncker-humboldt.de

Forschungsinstitut f. Wirtschaftsverfassung
u. Wettbewerb e.V. (Hrsg.)

Innovation und Wettbewerb Referate des XLII. FIW-Symposiums

Köln 2010
FIW-Schriftenreihe, Band 228
Erscheinungstermin: Juli 2010

ISBN 978-3-452-27311-6
VIII, 157 Seiten, 55,- €

www.heymanns.com

Jolanta Kostuch

Die wissenschaftliche Absicherung von Werbeaussagen nach LFGB, HWG und VO (EG) 1924/2006

Bayreuth 2010
P.C.O.-Verlag
Schriften zur Nationalökonomie Band 26
Erscheinungstermin: 22.06.2010
Universität Würzburg, Diss., 2010

ISBN 978-3-941678-17-0
312 Seiten, 24.80 €

Fatima Massumi

Die Energieversorgungs- unternehmen zwischen Kartellrecht und Energiewirtschaftsrecht

Göttingen 2010
Erscheinungstermin: 16.06.2010

ISBN 978-3-86955-345-0
202 Seiten, 33,- €

www.cuvillier.de

Katrin Roesen

Mehrfache Sanktionen im internationalen und europäischen Kartellrecht

Köln 2010
FIW-Schriftenreihe, Band 225
Erscheinungstermin: Juli 2010

ISBN 978-3-452-27287-4
XV, 355 Seiten, 63,- €

www.heymanns.com

Melanie Schenk

Die Verkehrsauffassung in BGB und UWG Am Beispiel des Sachenrechts und der Irreführungsgefahr

Frankfurt am Main 2010
Schriften zur Entwicklung des Privat-
rechtssystems, Band 6
Erscheinungstermin: Juli 2010
Heidelberg, Diss., 2009

ISBN 978-3-631-60216-4
112 Seiten, 24.80 €

www.peterlang.de

Rüdiger Schäfer

Wettbewerbsrecht

Schwerpunkt-Reihe

3. Aufl. Heidelberg 2009
Rezension: Katharina Bösche

 AfP 3/2010, 311

BGH

Wettbewerbsrecht: Sondernewsletter

Zur Blickfangwerbung für einen
Telefontarif und eine Internet-Flatrate
sowie zur Höhe der Abmahnkosten

v. 10.12.2009 - I ZR 149/07

 IP kompakt 7/2010, 5-6

Reto M. Hilty | Josef Drexl
Wilhelm Nordemann (Hrsg.)

Schutz von Kreativität und Wettbewerb

Festschrift für Ulrich Loewenheim
zum 75. Geburtstag
München 2009
ISBN: 978-3-406-59000-9

Rezension: Thorsten Beyerlein


 Mitt. 7-8/2010

Christian Klawitter | Thomas Lübbig

Lizenzverträge und Kartellrecht

Baden-Baden 2009
ISBN: 978-3-8329-4859-7

Rezension: Andrea Schmoll

 Mitt. 7-8/2010, 402-403

17. Gewerblicher Rechtsschutz

Lilian Maria Milkovic

Das digitale Zeitalter - Segen oder Fluch für die wissenschaftliche Informationsversorgung?

Verfassungsrechtliche und europarechtliche Bewertung der Schrankenbestimmungen § 52a UrhG, sowie §§ 52b und 53a UrhGE



Schriften zur Rechtswissenschaft
Band 106; 2008 (Dissertation)

ISBN 978-3-86573-404-4
263 Seiten, 33,80 €

Diese Arbeit widmet sich im Wesentlichen der verfassungs- bzw. europarechtlichen Überprüfung der § 52a UrhG bzw. §§ 52b und 53a UrhGE, wobei alle relevanten Vorgänge im Rahmen der Umsetzung in deutsches Recht, dem sog. "Zweiten Korb", bis Juni 2007 Berücksichtigung gefunden haben.

Im Mittelpunkt dieser Diskussion stehen auf der einen Seite die wirtschaftlichen Interessen wissenschaftlich publizierender Verlage, auf der anderen das Bedürfnis von Bildung, Wissenschaft und Forschung nach einem schnellen und kostengünstigen Informationszugang im digitalen Zeitalter. Diese divergierenden Ansprüche stützen die Parteien vornehmlich einerseits auf den verfassungsrechtlich garantierten Schutz des geistigen Eigentums, andererseits auf dessen ebenfalls im Grundgesetz verankerte Pflicht, zum Allgemeinwohl beizutragen. Im Anschluss an die verfassungsrechtliche Überprüfung werden auch europarechtliche Fragen erörtert, indem die strittigen Normen dem in der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29/EG niedergelegten Dreistufentest unterzogen werden. Zur Abrundung des Themas befasst sich die Arbeit abschließend noch mit der alternativen Publikationsform des Open Access.

www.wvberlin.de

Nico Gronau

Europäisches Urheberrecht Weiterer Harmonisierungsbedarf oder ein einheitliches Europäisches Urheberrechtsgesetz?

Hamburg 2010
jus novum
Erscheinungstermin:
Juni 2010

ISBN 978-3-8366-8985-4
184 Seiten, 49.50 €



Das Buch widmet sich der Frage, ob und inwieweit im Bereich des Urheberrechts zusätzlicher europarechtlicher Regelungsbedarf besteht. Der Autor zeigt auf, ob dieser Handlungsbedarf des Gemeinschaftsgesetzgebers besser durch Harmonisierungsmaßnahmen erfüllt werden kann oder ob ein einheitliches Europäisches Urheberrechtsgesetz eine vorteilhaftere Lösung darstellen würde. Beginnend mit allgemeinen Erläuterungen zum Charakter und den Quellen des Europarechts sowie ergänzenden Betrachtungen zu internationalen Urheberrechtsabkommen, die Einfluss auf das Gemeinschaftsrecht haben, erläutert der Autor die europarechtlichen Zuständigkeiten des Gemeinschaftsgesetzgebers für den Bereich des Urheberrechts. Anschließend werden die materiell-rechtlichen Sachfragen des Urheberrechts aus dem *acquis communautaire* herausgearbeitet. Nach denselben Kriterien werden die nationalen Regelungen von Deutschland, Polen, Ungarn, Estland und Großbritannien untersucht. Die hieraus resultierenden Ergebnisse nutzt der Autor zu einem grafisch unterstützten Vergleich des europäischen Schutzniveaus mit dem der nationalen Urheberrechtsordnungen. Ergänzend werden Sachverhalte zusammengetragen, die als regelungsbedürftig erachtet werden. Die Multimediaprodukte stehen hierbei im Fokus.

www.diplomica-verlag.de

Horst-Peter Götting | Anja Lunze (Hrsg.)

Überprotektion durch Geistiges Eigentum Festschrift zum 10-jährigen Jubiläum des Studiengangs "International Studies in Intellectual Property Law"

Schriften zum geistigen
Eigentum und zum
Wettbewerbsrecht,
Band 20

Baden-Baden 2009
ISBN: 978-3-8329-4289-2



Von der Notwendigkeit einer kritischen Reflektion bleibt das Recht des Geistigen Eigentums, das für eine Informations- und Wissensgesellschaft elementar ist, nicht unberührt. Die Interessengegensätze zwischen der allgemeinen Freiheit der Nutzung von Information und Wissen, dem Open Access, und der zweifellos bestehenden Notwendigkeit, die Anreiz- und Belohnungsfunktion für die Stimulation von Innovation durch geistiges Eigentum zu gewährleisten, müssen in eine stimmige Balance gebracht werden. Nachdem über Jahrzehnte der Ruf nach immer neuen Schutzrechten kritische Stimmen übertönte, schlägt das Pendel zurück und es stellt sich die Frage, ob nicht gerade unter dem Gesichtspunkt des Spannungsverhältnisses zwischen Geistigem Eigentum und Kartellrecht, einer sich abzeichnenden Überprotektion oder zum Teil sogar einem Missbrauch von Schutzrechten, Einhalt geboten werden muss. Der Schutz Geistigen Eigentums darf kein Selbstzweck sein, sondern muss sein Dasein immerfort selbst rechtfertigen und seine Grenzen stets hinterfragen, um nicht zum Auslaufmodell zu werden. Dazu trägt die vorliegende Festschrift bei, indem sie unter dem übergreifenden Thema "Überprotektion durch Geistiges Eigentum?" urheber-, marken-, wettbewerbs- und patentrechtliche Aspekte eines Zuviel an Schutz aufgreift.

www.nomos-shop.de

18. Steuerrecht

Rüdiger Weimann | Fritz Lang

Umsatzsteuer national und international

Kompakt-Kommentar
3. überarbeitete und aktualisierte Auflage -
Stuttgart 2010
Erscheinungstermin: 13.08.2010

ISBN 978-3-7910-2970-2
1750 Seiten, 129.95 €

www.schaeffer-poeschel.de

Wolfgang Zenthöfer | Gerd Leben

Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer

15. aktualisierte Auflage
Stuttgart 2010
Grundkurs des Steuerrechts
Orangene Reihe, Band 11
Erscheinungstermin: 18.10.2010

ISBN 978-3-7910-3044-9
224 Seiten, 29.95 €

www.schaeffer-poeschel.de

ÖSTERREICH

Wolfgang Berger | Johann Hinterleitner
Caroline Kindl | Marian Wakounig (Hrsg.)

Steuerrecht - Umsatzsteuer

3. Aufl., Wien 2010
ISBN 978-3-7007-4546-4
120 Seiten, 15.60 €

www.lexisnexis.de

Jürgen Wessing

Nebenfolgen der Selbstanzeige



steueranwaltsmagazin
3/2010, 99-108

Kommunale Steuerfinanzierung

36. Berliner Steuergespräch 27.09.2010

Seit Jahrzehnten beschäftigt das Thema einer auskömmlichen Finanzierung der Gemeinden Politik und Steuerwissenschaft gleichermaßen. Allerdings hat sich durch die Finanzkrise sowie die aktuelle Wirtschaftskrise die finanzielle Lage der Gemeinden zum Teil dramatisch verschlechtert. Der zunehmende politische Handlungsbedarf legt eine erneute Auseinandersetzung mit den steuerlichen Rahmenbedingungen der kommunalen Finanzausstattung nahe.

Dabei kann die Diskussion einerseits auf die bekannten Vorschläge (Ausbau der derzeitigen Gewerbesteuer mit einer Modifikation u.a. der Hinzurechnungsregelungen, Ersetzen dieser Steuer durch eine kommunale Gemeindefinanzierungssteuer, durch kommunale Zuschläge zur Körperschaft- und Einkommensteuer oder etwa durch einen erhöhten Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer) zurückgreifen. Andererseits hat sich in den letzten Jahren der allgemeine Rahmen der Unternehmensbesteuerung dramatisch verändert: zumeist führt die Steuerermäßigung nach § 35 EStG zu einer weitgehenden Entlastung der Einzelunternehmen und Personengesellschaften von der Gewerbesteuer. Nachdem der Gesetzgeber den Steuersatz für Körperschaften auf 15 v.H. gesenkt hat, stellt die Gewerbesteuer regelmäßig eine Belastung in vergleichbarer Höhe dar.

Angemessene Steuerfinanzierung der Gemeinden, die vorrangig die Gewerbesteuer und die Grundsteuer umfasst, hat zunächst die verfassungsrechtlichen Vorgaben, insbesondere das in Art. 28 Abs. 2 Satz 3 und 106 GG verankerte Recht auf eigenverantwortliche Haushaltsbewirtschaftung, zu beachten.

Die Diskussion muss die strukturellen Schwierigkeiten einer mit eigenem Hebesatzrecht ausgestatteten Steuerquelle, die an unternehmerische Erträge anknüpft,

erfassen (Umlandproblematik, hohe Konjunkturanfälligkeit). Zudem sollte das steuerliche Finanzierungssystem Anreize für die Gemeinden bieten, sich nach wie vor selbst um die Ansiedlung von Investoren zu bemühen. Schließlich verlangt jede weitergehende Systemänderung, gerade auch in der Umstellungsphase, die berechtigten finanziellen Belange der Gemeinden im Auge zu behalten.

Vor diesem Hintergrund diskutieren die Referenten Prof. Dr. Paul Kirchhof (Universität Heidelberg) und Prof. Dr. Andreas Oestreicher (Georg-August-Universität Göttingen) mit den Podiumsgästen Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag, Berlin), Georg Fahrenschoen (Staatsminister der Finanzen des Freistaats Bayern) und Bernd Jonas (ThyssenKrupp AG, Düsseldorf) sowie den Gästen im Auditorium steuerpolitische Perspektiven einer Reform der kommunalen Finanzausstattung.

www.berlinersteuergespraech.de

LG Göttingen

Zeugnisverweigerungsrecht des Steuerberaters als höchstpersönliches Recht

B. v. 07.05.2010 - 2 O 168/10



in DStR 25/2010, 1308

ÖSTERREICH

Peter Bitzyk | Hans Lexa
Erich Pummerer

Steuerrecht II: Verkehrssteuern

7. Auflage, Wien 2010
Erscheinungstermin: März 2010
ISBN 978-3-7007-4544-0
72 Seiten, 10.70 €

www.lexisnexis.de



Ölkatastrophe im Golf von Mexiko

Was wäre wenn...die deutsche Nordsee betroffen wäre?

Im Golf von Mexiko scheint endlich der entscheidende Durchbruch gelungen und das leckgeschlagene Bohrloch geschlossen worden zu sein. Trotzdem bleibt eine Umweltkatastrophe gigantischen Ausmaßes. Dr. Alfred Scheidler mit einem Gedankenspiel zu den juristischen Konsequenzen einer solchen Katastrophe, wenn sie in der deutschen Nordsee stattfände.

Monatelang strömten im Golf von Mexiko täglich mehrere Millionen Liter Öl aus dem leckgeschlagenen Bohrloch in gut 1500 Metern Meerestiefe aus. Das Unglück der Deepwater Horizon im Golf von Mexiko zeigt, dass die Ölförderung in empfindlichen Ökosystemen wie dem Meer Risiken ungeahnten Ausmaßes bergen kann.

Auch in der Nordsee und den angrenzenden Meeren wird Öl gefördert: Gegenwärtig gibt es in der Nordsee über 400 Erdöl- und Erdgaslagerstätten. Die Mehrzahl befindet sich auf dem britischen Schelf. Im deutschen Bereich der Nordsee erfolgt die Ölförderung im schleswig-holsteinischen Küstenmeer auf der Bohr- und Förderinsel Mittelplate. Zudem wird im Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone auf der Doggerbank von der Gasförderplattform A6-A Gas gefördert.

Förderlizenzen im Bereich der Hoheitsgewässer beziehungsweise der ausschließlichen Wirtschaftszone werden von den jeweiligen Staaten vergeben. In Deutschland liegt die Genehmigung der Förderung fossiler Energien in der ausschließlichen Kompetenz der zuständigen Landesbehörden.

Vorsorgemaßnahmen gegen Ölunglücke mit verheerenden Folgen

Die Folgen einer Ölkatastrophe wie im Golf von Mexiko wären auch für Deutschland und Europa verheerend: Neben existenziellen Problemen für die Hochseefischerei und der Zerstörung weiter Bereiche von Fauna und Flora hätte eine Ölpest im UNESCO-Welterbe Wattenmeer auch schwerwiegende Folgen für den Tourismus.

In Deutschland halten Bund und Länder 23 Schiffe verschiedenen Typs zur Ölbekämpfung, zwei Flugzeuge und Ölbekämpfungsgerät verteilt auf neun Depots entlang der deutschen Küste bereit. Zu den technischen Vorsorgemaßnahmen gehören zahlreiche mobile Einsatzgeräte wie zum Beispiel Leichterungssysteme, Ölsperren, Ölabschöpfergeräte, Separatoren und in Containern verpacktes Arbeits- und Schutzmaterial.

Ergänzend wurden mit unterschiedlichen Stellen wie der Deutschen Marine, dem Technischen Hilfswerk, Feuerwehren, Bergungsreedereien und Mineralölunternehmen Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Dadurch sollen alle geeigneten Kräfte bei der Bekämpfung großer Meeresverschmutzungen verfügbar gemacht werden.

Haftung bei einem Ölunglück

Nach deutschem Recht können im Falle von Schäden, die durch ein Ölförderungsglück verursacht werden, deliktische Schadensersatzansprüche nach §§ 823 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) gegen den Schädiger bestehen, sofern dieser vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat.

Ersatzfähig sind Körper-, Gesundheits- und Eigentumsverletzungen sowie etwaige Folgeschäden. Diese Folgeschäden können beispielsweise auch Gewinnausfälle umfassen.

Daneben kommt auch eine verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung nach § 89 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Betracht: "Wer in ein Gewässer Stoffe einbringt oder einleitet ... ist zum Ersatz des daraus einem anderen entstehenden Schadens verpflichtet." Auch diese Haftung umfasst Gewinnausfälle, wie der BGH bereits 1988 entschieden hat (NJW 1989, 290).

Hochseefischer, die von einer Ölkatastrophe betroffen sind, können daher gegenüber dem Verursacher den entgangenen Gewinn als Schaden geltend machen. Dabei müssen sie nicht konkret nachweisen, an wen sie wie viele Fische verkauft hätten, sondern es reicht eine Pauschalierung, die sich am Mittelwert der in den vergangenen drei Jahren erzielten Umsätze orientiert.

Die Haftung für Gewinnausfälle reicht sogar soweit, dass beispielsweise auch Hoteliers das Ausbleiben von Gästen als Schaden geltend machen können. Voraussetzung ist, dass ein Kausalzusammenhang zwischen der Ölkatastrophe und dem Gewinnausfall besteht. Dies ist jedenfalls dann problemlos zu bejahen, wenn Gäste ihren bereits gebuchten Urlaub wegen der Ölkatastrophe stornieren. Für Schäden, die durch die Wirkung von Gasen, Dämpfen oder Flüssigkeiten entstehen, sieht das Haftpflichtgesetz (HaftPflG) für den Inhaber der Anlage ebenfalls eine verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung vor.

Weitere Konsequenzen

Darüber hinaus kann auch eine öffentlichrechtliche Störerverantwortung nach dem Umweltschadensgesetz (USchadG) bestehen. Wird durch ein Ölförderungsglück ein Umweltschaden verursacht, so ist der für die Schädigung Verantwortliche zur rechtzeitigen Information, zur Gefahrenabwehr und – in Abstimmung mit der zuständigen Behörde – zur Sanierung verpflichtet (§§ 4, 5, 8 USchadG).

19. Umwelt | Agrar | Energie

Zu den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen kann es beispielsweise gehören, dass an einem mit Öl verunreinigten Küstenabschnitt ein großflächiger Bodenaustausch erfolgt. Soweit der Verantwortliche derartige Sanierungsmaßnahmen nicht selbst in Angriff nimmt, sondern die zuständige Umweltbehörde tätig wird, trägt der Verantwortliche gemäß § 9 USchadG zumindest die Kosten. Dass diese bei großen Ölkatastrophen schnell in die Millionenhöhe gehen können, liegt auf der Hand. Eine Haftungsbegrenzung nach oben gibt es nicht.

Sollte es in der deutschen Nordsee zu einem ähnlichen Ölunglück wie im Golf von Mexiko kommen, bestünde übrigens zumindest die berechtigte Hoffnung, dass bei uns die Katastrophe wesentlich rascher eingedämmt werden könnte. Anders als in Mexiko, wo das Leck in 1500 Meter Meerestiefe aufgetreten ist, erfolgt die Öl-, beziehungsweise Gasförderung in der deutschen Nordsee nämlich in Tiefen von maximal 50 Metern, so dass ein Zugriff wesentlich leichter zu handhaben wäre.

Auch wenn eine Katastrophe in der deutschen Nordsee geringeren Ausmaßes wäre und die Verantwortlichen rechtlich gesehen auch für die Kosten der Wiederherstellung geschädigter Umwelt herangezogen werden könnten, bleibt doch nur zu hoffen, dass es bei dem Gedankenspiel dieses Beitrags bleibt. Denn auch wenn die Kosten erstattungsfähig sein mögen, gibt es doch Schäden, die irreparabel sind.

Der Autor Dr. Alfred Scheidler ist Oberrichter in Neustadt a. d. Waldnaab und Autor zahlreicher Publikationen zum öffentlichen Recht, u. a. zum Umweltschadensgesetz.

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Jochen Markus | Stefan Kaiser
Susanne Kapellmann

AGB-Handbuch Bauvertragsklauseln

3., Aufl. Neuwied 2010
ca. 750 S., €78.00
Erscheinungstermin: Dezember 2010
ISBN 978-3-8041-5207-6

www.werner-verlag.de

Andrea Nasemann

Nachbarrecht

Freiburg im Breisgau 2010
ca. 200 S., €19.80
(Meine Immobilie Ratgeber)
Erscheinungstermin: in Vorbereitung
ISBN 978-3-648-00371-8

www.taschenguide.de

Ausschuss der Ingenieurverbände und
Ingenieurkammern für die Honorarord-
nung e.V., (Hrsg.)

HOAI Besondere Leistungen bei der Tragwerksplanung Besondere Leistungen zur HOAI 2009 Teil 4 § 49 mit Anlage 13

4., Auflage, Köln 2010
44 S., 14.80 €
(Schriftenreihe des AHO, Bd. 3)
ISBN 978-3-89817-860-0

www.bundesanzeiger.de

Die Eigentumswohnung Das umfassende WEG-Rechtswissen mit Deckerts aktuellen Kommentierungen

Freiburg im Breisgau 2010
ISBN 978-3-8092-2185-2
€128.00

www.redmark.de

Carsten Wilke

Die Mieterhöhung Durchsetzung und Abwehr

2010
92 S., €8.90
ISBN 978-3-8391-8545-2

www.book-on-demand.de

Gesellschaft für Fortbildung im Bau-
und Architektenrecht
Regensburg | Straubing | Passau

Baurecht in Regensburg

Fortbildung für Rechtsanwälte
am **17./18.09.2010** in Salztadel

Referenten:

Stefan **Althaus**

- Vergütung und Ersatz von allge-
meinen Geschäftskosten bei
Bauzeitverzögerungen

Johiann **Kuffer**

- Neueste Rechtsprechung zum Bau-
und Architektenrecht

Stefan **Leupertz**

- Die Einbindung der Architekten und
Ingenieure in das bauvertragliche
Haftungssystem

Burkhard **Messerschmidt**

- Anwendungsprobleme und Regel-
ungsdefizite der neuen HOAI 2009

Rainer **Pohlentz**

- Streitthema Schallschutz

Bernhard **Rauch**

- Die Streitverkündung in Bausachen

Claus **Schmitz**

- Praktische Probleme im Zusammen-
hang mit Kündigung des Bauver-
trages

Institut für Baurecht
Freiburg im Breisgau e.V.

Freiburger Baurechtstage 24./25.09.2010, Freiburg

Freitag 24.09.2010

Kündigung des Bauvertrages

Olrik **Vogel**

- Die gesetzlichen Kündigungs-
tatbestände

Johann Peter **Hebel**

- Kündigung des Bauvertrages aus
wichtigem Grund

Petra **Kirberger**

- Teilkündigung

Andreas **Koenen**

- Kündigung wegen und in der
Insolvenz

Thomas **Stickler**

- Rechtsfolgen der unberechtigten
Kündigung

Günther **Jansen**

- Abrechnung bzw. Abnahme nach
Kündigung (VorsRiOLG)

Samstag 25.09.2010

Verantwortlichkeit mehrerer Baubetei- ligter für Baumängel und Bauverzöger- ungen

Werner **Langen**

- Mehrfachkausalität für Mangelent-
stehung/Bauzeitverzögerung

Wolfgang **Voit**

- Nacherfüllungsanspruch und
Nacherfüllungsbefugnis von Gesamt-
schuldnern

www.ifbf.de

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

Philipps Universität Marburg

Lebensmittelrechtsakademie

12.09.2010-17.09.2010
04.10.2010-08.10.2010
15.11.2010-19.11.2010

Wer beruflich mit Lebensmitteln zu tun hat, braucht Lebensmittelrechtliches Fachwissen. Doch welche Pflichten und Anforderung im Lebensmittelrecht wo und wie geregelt sind, ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Das Regelwerk ist komplex und einem stetigen Entwicklungsprozess unterworfen: Die Grundprinzipien des Lebensmittelrechts basieren heute in weiten Teilen auf europäischen Normen. Gleichzeitig regeln nationale Vorschriften die Zusammensetzung bestimmter Lebensmittel, im globalen Handel gewinnen internationale Standards wie die Codex Alimentarius an Bedeutung. Unbestimmte Rechtsbegriffe wie die Verkehrsauffassung oder die allgemeine Verbrauchererwartung gilt es mit Inhalten zu füllen - ein Unterfangen, das eine fundierte lebensmittelrechtliche Grundausbildung voraussetzt.

Viele Berufstätige und Absolventen juristischer und lebensmittelwissenschaftlicher Studiengänge fehlt es an einem Blick für das Gesamte: Weiterbildungsangebote betreffen oft nur ausgewählte Bereiche des Lebensmittelrechts. Eine systematische Übersicht, die den Blick über den Tellerrand erlaubt, können sie naturgemäß nicht bieten. Was in der Theorie zunächst einleuchtet, erweist sich im Praxistest oft als problematisch. Erschwerend kommt hinzu, dass im Lebensmittelrecht nicht nur juristisches sondern auch naturwissenschaftliches Fachwissen gefragt ist. Je nach Ausbildungsschwerpunkt und praktischem Erfahrungsschatz kommt meist entweder das eine oder das andere zu kurz. Mit der Lebensmittelrechtsakademie will die Forschungsstelle für Lebensmittel Marburg diese Lücke schließen. Sie bringt Rechts- und Naturwissenschaftlicher, Berufstätige Studenten und Absolventen zusammen und bietet ihnen ein umfassendes Programm zum Thema.

Vielseitig wie das Lebensmittelrecht ist auch der Kreis der Referenten: Sie kommen aus der Lebensmittelwirtschaft, der Wirtschaft, aus Verbänden, Behörden und Fachkanzleien. In drei Blöcken von je einer Woche zeigen Praktiker den Weg durch den Dschungel lebensmittelrechtlicher Vorschriften: Verständlich und stets mit dem Blick auf fachübergreifende Fragestellungen.

Themen

- Einführung in die juristische Arbeitsweise für Naturwissenschaftlicher und andere Disziplinen sowie
- Einführung in die naturwissenschaftlichen Grundlagen der Lebensmittelproduktion für Juristen.
- Rechtsquellen und Systematik des Lebensmittelrechts
- Anforderungen an die Herstellung und das Inverkehrbringen von Lebens- und Futtermitteln I
- Anforderungen an die Herstellung und das Inverkehrbringen von Lebens- und Futtermitteln II
- Der Vertrieb von Lebens- und Futtermitteln
- Die Haftung für fehlerhafte Lebens- und Futtermilchprodukte
- Werbe- und Wettbewerbsrecht für Lebens- und Futtermittel
- Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht

www.forschungsstelle-lebensmittelrecht.de

Deutscher Gesellschaft für Psychatrie

Psychoherapie und Nervenheilkunde DGPPN-Kongress "Psychiatrie Interdisziplinär"

24.-27.11.2010, Berlin

www.dgppn-kongress.de

ÖSTERREICH

Werner Doralt
Meinhild Hausreither

KODEX Gesundheitsberufe II HebammenG, MTD-Gesetz, PsychologenG, PsychotherapieG

2., Auflage, Wien 2010
ca. 512 S., ca. €36.00
(Kodex des österreichischen Rechts)
ISBN 978-3-7007-4629-4

www.lexisnexus.at

SCHWEIZ

René Schaffhauser
Ueli Kieser (Hrsg.)

1. St. Galler Tagung zum Gesundheitsrecht 2010

220 S., sfr 72.00
ISBN 978-3-908185-88-8

www.irp.unisg.ch

Veronika Raitchel

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Ein praktischer Leitfaden für Ärzte

Stuttgart 2010
160 S., 29,95 €
ISBN 978-3-7945-2765-6

2010 ISBRA World Congress

"Current topics and innovations in alcohol research"

13.-16.09.2010, Frankreich

www.isba2010paris.org

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

Herbert K. Jötten

Logout: Zivilrechtliche Haftung im Rahmen ausgewählter Internetdienstleistungen

“Application Service Providing”,
“Second Life”, “Internetforen”
sowie “eBay”

Hamburg 2010
Recht der Neuen Medien
Band 55

ISBN 978-3-8300-5084-1
506 Seiten, 128.- €



Rechtliche Fragestellungen rund um das Internet stehen seit Ende des letzten Jahrtausends verstärkt im Blickpunkt juristischer Betrachtungsweisen. Hierbei existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Sachverhalte, die rechtlich relevant sind und die verschiedensten Fragen aufwerfen.

Während Kodifikationen rund um den Globus altern und oftmals nach und nach sowohl von Fallrecht als auch von wirtschaftlicher Exegese überlagert werden, besitzt das Bürgerliche Gesetzbuch nicht zuletzt aufgrund seiner Abstraktheit schon seit mehr als 100 Jahren Geltung. Hieran wurden von Zeit zu Zeit nur marginale (internetspezifische) Veränderungen vorgenommen. Die mit dieser Abstraktheit der Vorschriften des – insoweit gut durchdachten – Bürgerlichen Gesetzbuches verbundene Offenheit ermöglicht es nunmehr, damals noch völlig unbekannte Rechtsverhältnisse von den gesetzlich vorgesehenen Vertragsarten zu erfassen und diese sachgerecht auf neuzeitliche Sachverhalte – wie beispielsweise das Internet – anzuwenden. Ungeachtet dieser Anpassungsfähigkeit des Bürgerlichen Gesetzbuches steckt der Versuch der (deutschen) Gesetzgebung, sich sachgemäß mit dem Sektor Internet zu befassen, gleichwohl noch in den Kinderschuhen steckt, angesichts der langjährigen Entstehungsgeschichte des Internets.

Um adäquate Antworten auf internet-spezifische Haftungsfragen zu erhalten, analysiert der Autor neben allgemeinen Aspekten hinsichtlich des Zusammenspiels von Internet und Recht schwerpunktmäßig die zivilrechtlichen Haftungsaspekte im Bereich verschiedener Internetdienstleister, die – wie so oft im juristischen Bereich – stets einzelfallabhängig sind. Hierbei handelt es sich um Anbieter im Bereich von “Application Service Providing”, “Second Life”, “Internetforen” sowie “eBay”. Darüber hinaus befassen sich die einzelnen Kapitel auch mit verfahrensrechtlichen Aspekten, das heißt beispielsweise mit Fragen zum jeweils anwendbaren Recht.

Schlagworte

Internetdienstleister, Haftung, Verfahrensrecht, Application Service Providing, Second Life, Internetforen, eBay, E-Commerce-Richtlinie, Online-Handel, Zivilrecht, Haftungsrecht

www.verlagdrkovac.de

Zehn Jahre Memorandum “Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung”

Die Transformation der öffentlichen Verwaltung im nächsten Jahrzehnt

1. Oktober 2010

Berlin

Eine Veranstaltung des Hochschulkollegs E-Government der Alcatel-Lucent-Stiftung, Stuttgart, des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. und der Informationstechnischen Gesellschaft im VDE Berlin, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Einstein-Saal

Im September 2010 wurde das von Dr. Dieter Klumpp und Prof. Dr. Klaus Lenk koordinierte Memorandum „Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung“ in

Berlin vorgestellt. Mit diesem vom Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. und der Informationstechnischen Gesellschaft im VDE erarbeiteten Text war eine programmatische Aussage über die Chancen einer durchgreifenden Modernisierung von Staat und Verwaltung mit Electronic Government getroffen. 2005 wurden mit einem Forschungsmemorandum des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. (Koordination: Dr. Tino Schuppan, Potsdam) die nötigen wissenschaftlichen Vorarbeiten für dieses Modernisierungsprogramm er eingefordert.

Ziel der Veranstaltung ist die Zusammenschau von Verwaltungsmodernisierung und E-Government. Sie wird Bilanz ziehen über die inzwischen erreichten Erfolge. Vor allem aber wird sie im Sinne eines “Rückblicks nach vorn” die nunmehr anstehenden Veränderungen umreißen und Aufgaben für das kommende Jahrzehnt (2011 bis 2020) formulieren. Wenn auch die hochgesteckten Ziele des Memorandums im vergangenen Jahrzehnt nur teilweise erreicht werden konnten, sind inzwischen die Weichen für eine “E-Transformation” des öffentlichen Sektors gestellt.

Mit dieser Ausrichtung führt die Veranstaltung zu einer über das Tagesgeschäft hinausreichenden grundlegenden Besinnung auf die Reformnotwendigkeiten des kommenden Jahrzehnts.

Christoph Neuberger | Melanie Rischke
Christian Nuerenbergk

Journalismus im Internet

Profession | Partizipation | Technisierung
Wiesbaden 2009
ISBN 978-3-531-15767-2

www.vs-verlag.de

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

Matthias Beenken

Der Markt der Versicherungsvermittlung unter veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen unter besonderer Berücksichtigung von Sourcingstrategien des Versicherungsvermittlerbetriebs

Karlsruhe 2010
ISBN:
978-3-89952-532-8
346 Seiten, 49,- €



Die selbstständigen Versicherungsvermittler sehen sich durch das Vermittlergesetz, die VVG-Reform und andere gesetzliche Änderungen einer beispiellosen Regulierung ausgesetzt. Durch die Erlaubnis- und Registrierungspflicht wurde der Zugang zum Markt der Versicherungsvermittlung erschwert. Auch die Übergabe von Vermittlerbetrieben an den spärlicher werdenden Nachwuchs ist längerfristig gefährdet. Die Berufsausübungspflichten wie insbesondere Information, Beratung und Dokumentation haben die bisher gewohnten Vertriebsprozesse verändert und mit zusätzlichen Kosten belastet. Eine unmittelbare Umlage dieser Kosten auf die Kunden ist im HGB-basierten Vergütungssystem allerdings nicht möglich.

Die Veränderungen können nicht ohne Auswirkung auf die Wertschöpfung und damit auf die Unternehmensstrategien der Vermittler bleiben. Matthias Beenken, Fachjournalist mit langjähriger Berufserfahrung im Versicherungsvertrieb, untersucht die Sourcingstrategien, mit deren Hilfe Versicherungsvermittler Wettbewerbsvorteile durch kreative Veränderung ihrer wertschöpfenden Aktivitäten erlangen. Dazu leistet er eine umfassende Analyse der rechtlichen Veränderungen aus ökonomischer Sicht und Systematisierungsansätze zur Erklärung der Wertschöpfung im Vermittlerbetrieb.

Auf empirischer Basis werden der Einfluss von Sourcingstrategien auf den Erfolg von Vermittlern untersucht sowie unterschied-

liche Sourcing-Typen identifiziert. Die empirische Erforschung liefert erstmals ein differenziertes Bild der drei hinsichtlich ihrer vertrags- und gesetzesrechtlichen Situation unterschiedlichen Vermittlertypen Ausschließlichkeits-, Mehrfachvertreter und Versicherungsmakler.

Aus der Untersuchung können praktisch-normative Gestaltungsempfehlungen für die Führung von Versicherungsvermittlerbetrieben abgeleitet werden. Auch regt sie zu einer intensiveren Beschäftigung mit den Chancen an, die sich aus den veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Für die Vertriebssteuerung von Versicherungsunternehmen wird der Erklärungsbeitrag interessant sein, der zu den Ursachen für die seit Jahren beobachtete Verschiebung der Marktanteile der Vertriebswege erbracht wird.

www.vvw.de

Wolfgang Heidl

Die VVG-Reform, insbesondere der Direktanspruch dargestellt anhand der Berufshaftung des Rechtsanwalts und des Steuerberaters

Schriften zum Versicherungs-, Haftungs- und Schadensrecht, Band 25
Hamburg 2010

ISBN 978-3-8300-5017-9
546 Seiten, 128,- €

Es handelt sich bei der Haftung des Rechtsanwalts bzw. des Steuerberaters gegenüber dem Mandanten um ein aktuelles Thema. Durch die gesetzliche Verpflichtung, eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen, hat der Gesetzgeber das haftungsrechtliche Dilemma des Rechtsanwalts und Steuerberaters abgemildert. Von aktueller und zentraler Bedeutung ist dabei der in der Vergangenheit und anlässlich der VVG-Reform viel diskutierte Direktanspruch des Mandanten gegen den Versicherer.

Ausgehend von der Untersuchung der Haftung des Rechtsanwalts und des Steuerberaters und den dabei auftretenden Unterschieden und Gemeinsamkeiten widmet sich der Verfasser der Berufshaftpflichtversicherung und den durch die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes herbeigeführten Neuerungen. Schließlich lenkt er das Hauptaugenmerk auf den Direktanspruch in seiner allgemeinen und durch den Gesetzgeber begrenzten Erscheinungsform unter besonderer Berücksichtigung bestimmter ausländischer Rechtsordnungen und Darstellung eines eigenen Reformvorschlags. Die Abhandlung richtet sich an Rechtsanwälte, Steuerberater, aber auch Versicherer, Mandanten und sonstige Personen, die mit der Berufshaftung des Rechtsanwalts und des Steuerberaters, mit den damit in Zusammenhang stehenden berufshaftpflichtversicherungsrechtlichen Fragen und der Durchsetzung sowie Regulierung des Haftpflichtanspruchs zu tun haben. Die in der heutigen Zeit immense Bedeutung einer Berufshaftpflichtversicherung bzw. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung wird dadurch erkennbar, dass ein Rechtsanwalt oder Steuerberater verpflichtet ist, eine solche abzuschließen und zu unterhalten, um überhaupt seine Zulassung zu bekommen und seinen Beruf ausüben zu dürfen. Deshalb stellt eine Vielzahl der deutschen Versicherungsunternehmen diesen Versicherungstypus in ihrem Angebotsportfolio bereit. Der Mandant hat bei Eintritt eines Haftungsfalles in der Regel ein Recht auf Auskunft des Trägers der Berufshaftpflichtversicherung gegenüber der Rechtsanwalts- oder Steuerberaterkammer.

www.verlagdrkovac.de

Michael Pawlik

Zur strafprozessualen Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter ausländischer Bankdaten



JZ 14/2010, 693-702

24. Asylrecht | Ausländerrecht

SCHWEIZ

Peter Uebersax | Thomas Geiser
Thomas Hugli Yar | Beat Rudin

Ausländerrecht

Eine umfassende Darstellung der Rechtsstellung von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz von A(syl) bis Z(ivilrecht)

2. Auflage 2008
ISBN 978-3-7190-2698-1
1528 S, 219,- €



Das Werk ist Teil der Reihe: Handbücher für die Anwaltspraxis; Band VIII

Die Neuauflage des erfolgreichen Handbuchs ist um aktuelle Themenbereiche erweitert und zugleich auf den neuesten Stand gebracht worden. Es bietet 27 fundierte Beiträge zur Rechtsstellung von Ausländerinnen und Ausländern im schweizerischen Recht. Neben dem klassischen Ausländerrecht (Fremdenrecht) werden insbesondere folgende, in der Praxis wichtigen Rechtsgebiete ausführlich erläutert: Asylrecht, Einbürgerungsrecht, Zivilrecht, Wirtschaftsrecht, Strafrecht, Steuerrecht, Sozialrecht. Die Beiträge bieten rasche und fundierte Einführungen in die jeweiligen komplexen Themenbereiche und erläutern die spezifischen Probleme in bewährter praxisnaher Weise. Ein ausführliches Sachregister am Schluss des Handbuchs erschliesst die komplexe Materie zusätzlich.

Die zweite Auflage berücksichtigt alle Neuerungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung bis März 2008, insbesondere das neue Ausländerrecht, das revidierte Asylrecht sowie die Neuerungen im Freizügigkeitsbereich, die Anpassungen im internationalen Zivilrecht, im Sozialrecht, im Opferhilferecht, im Strafrecht, im Steuerrecht, beim Grundstückerwerb und bei der Rechtshilfe.

Inhalt:

- Grundlagen: Einleitung: Gerechtigkeit im Ausländerrecht?, Ausländische Personen und Privatrecht, Ausländische Personen und soziale Sicherheit, Sonderregelungen für Staatsangehörige der EU- und EFTA-Mitgliedstaaten, Sonderregelungen für Personen; die Vorrechte und Immunität genießen; Einfluss der völkerrechtlichen Praxis auf das schweizerische Migrationsrecht
- Migration: Einreise und Anwesenheit, Beendigung der Anwesenheit, Entfernung und Fernhaltung; Sans-Papiers in der Schweiz; Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht; Asyl; Die Einbürgerung: Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts; Datenschutz
- Familie und weitere Beziehungen: Ausländische Personen als Ehepartner und registrierte Partnerinnen; Ausländische Personen in ausserrechtlichen Lebensgemeinschaften; Ausländische Kinder sowie andere Angehörige
- Wirtschaftsleben: Ausländische Personen als Arbeitnehmende; Ausländische Personen als selbständig Erwerbende; Personen im Ausland und schweizerisches Grundeigentum; Steuerpflicht bei Auslandsbezug
- Kriminalität: Ausländische Personen als Opfer von Straftaten; Ausländische Personen als Straftäter und Straftäterinnen
- Internationale Behördenzusammenarbeit: Internationale Amts- und Rechtshilfe - Bildung, Politik, Intergration: Ausländische Schulkinder und ausländische Studierende; Ausländische Personen in der Politik: Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigung; Ausländische Personen und Integration
- Ausländerinnen und Schweizer Recht: Die Frau im Asyl- und Ausländerrecht

www.helbing-shop.ch

Hrsg. Franz J. Säcker

European State Aid Law

München 2010
Rechtsstand: voraussichtlich Mai 2010
Erscheinungstermin: Oktober 2010
ISBN 978-3-406-60326-6
800 Seiten, 300,- €

www.beck-shop.de

Sonja Haug | Stephanie Müssig
Anja Sticks

Muslimisches Leben in Deutschland

Im Auftr. der Deutschen Islam-Konferenz.
(Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)
Nürnberg 2009
ISBN 978-3-9812115-1-1
448 Seiten, Preis 0 €(kostenlos)

VG Berlin

Ausländer haften nicht für Kosten einer Abschiebung in der 1. Klasse

U. v. 30.03.2010 - VG 24 A 340/07
Pressemitteilung Beilage NVwZ aktuell

 NVwZ 12/2010, VI

BVerwG

Flüchtlingsanerkennung eines aus Tschetschenien stammenden Russen (LS)

U. v. 16.02.2010 - 10 C 7/09
Beilage NVwZ aktuell

 NVwZ 12/2010, IX

BVerwG

Zur Regelvermutung des § 28 Abs. 2 AsylVfG bei Heranwachsenden

U. v. 24.09.2009 - 10 C 25.08

 BVerwGE Bd. 135, 49-58

25. Europa | Europarecht

2. Speyerer Europarechtstage Aktuelle Fragen des Europäischen Beihilferechts 20.-21.09.2010, Speyer

Das Wirtschaftsleben in Deutschland wird zunehmend von europäischen Einflüssen geprägt. Dabei stellt das Beihilferecht einen zentralen Baustein des Europäischen Wettbewerbsrechts dar, dessen Bedeutung sich schon alleine an der Anzahl der gerichtlichen Verfahren ablesen lässt.

Die Veranstaltung will die neusten Entwicklungen des EU-Beihilferechts aufbereiten und in einem hochkarätigen Expertenforum aus Praktikern, Anwälten und Wissenschaftlern zur Diskussion stellen. Konkret geht es in einem ersten Block um aktuelle und grundsätzliche Fragestellungen, wie etwa die neuste Rechtsprechung aus Luxemburg oder Rechtsprobleme bei der Rückforderung von Beihilfen. Der zweite Tag beleuchtet zunächst den Einfluss des Europäischen Beihilferechts auf das Steuerrecht. Den Abschluss bildet eine Einheit zu sektorspezifischen Fragen, wie der Kulturförderung, der Breitbandförderung oder der Förderung erneuerbarer Energien.

<http://www.dhv-speyer.de/FORT-BILD/060210.pdf>

Christoph D. Munding

Das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz im Rechtssystem der Europäischen Union

Überlegungen zur Rechtsnatur
und Quellenhermeneutik
der unionalen Rechtsschutzgarantie
sowie zur Wirksamkeit des Systems
primären Individualrechtsschutzes gegen
normative EG-Rechtsakte

Berlin 2010
646 S., €108.00
ISBN 978-3-428-13074-0

www.duncker-humboldt.de

Katrin Flaig

Die Satzung der Societas Privata Europaea (SPE)

Frankfurt am Main 2010
Europäische Hochschulschriften - Reihe II
Band 5073
Erscheinungstermin: Juli 2010
ISBN 978-3-631-61271-2
XXXIII, 94 Seiten, 27.80 €

Die erste große Hürde für künftige SPE-Gesellschafter wird die Erstellung eines Gesellschaftsvertrages sein, der auf die konkreten Bedürfnisse der Gesellschaft zugeschnitten ist. Hierbei stellt sich unweigerlich die Frage, welche Gestaltungsmöglichkeiten in welchem Rahmen wahrgenommen werden können. Deshalb wird in dieser Untersuchung zunächst grundsätzlich die Regelungstechnik des Statuts erläutert. Die Abhandlung der einzelnen Pflicht- und Wahlbestandteile der Satzung zeigt konkrete Chancen und Probleme auf, wobei der Schwerpunkt auf Gesellschaften im KMU-Bereich liegt. Im Anhang der Arbeit werden konkrete Formulierungsbeispiele aufgeführt. Der Untersuchung liegt der zweite Entwurf der schwedischen Ratspräsidentschaft vom 27.11.2009 zugrunde.

Inhalt: Satzung der Societas Privata Europaea - Erläuterung der Regelungstechnik des Statuts - Pflichtinhalt und fakultativer Inhalt der Satzung - Anteile - Kapital - Organisation der Gesellschaft - Klauselvorschläge.

www.peterlang.de

Carl O. Lenz | Klaus D.Borchardt (Hrsg.)

EU-Verträge

Kommentar
5. Auflage, Wien 2010
ca. 3000 S., €235.00

www.lindeverlag.at

Dimitris Th. Tsatsos (Hrsg.)

Die Unionsgrundordnung Handbuch zur Europäischen Verfassung

697 S., 79.00 €
ISBN 978-3-8305-1757-3

In diesem Handbuch geht es um eine Darstellung des gegenwärtigen konstitutionellen Zustandes der Europäischen Unionsgrundordnung in historisch-kritischer, juristisch-institutioneller und politikwissenschaftlicher Perspektive. Die Autoren des Handbuchs, Staatsrechtler, Politikwissenschaftler, Historiker und Fachleute aus der Unionspraxis, wollen die Verfassungsqualität herausarbeiten, die die Europäische Unionsgrundordnung als historisch gewachsenes institutionelles Gerüst bis heute erlangt hat und gleich unter welchem Vertrag wegen ihrer historischen und institutionellen Natur beibehalten wird. Die „Verfassung der Europäischen Union“ ist nicht im hier und jetzt ausdefiniert, sondern nur im Mit- und Nachvollzug des Weges zu ihr erfassbar. Verfassung heißt für die Autoren dieses Handbuches nicht notwendig herkömmliches Verfassungsrecht – dies würde, wenn nicht einen Staat, so doch mindestens einen rechtlich verbindlichen Verfassungstext voraussetzen –, auch nicht Verfassungsvertrag und schon gar nicht Verfassungsstaat, etwas was die Europäische Union weder ist noch werden will und kann. Doch die Inhalte, um die es in diesem Handbuch geht, seien es Institutionen, Kompetenzen, Verfahren, Grundrechte, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit, sind unverkennbare verfassungsqualitative Elemente der Europäischen Unionsgrundordnung.

Das Handbuch ist nicht nur eine Momentaufnahme im fortschreitenden Entstehungsprozess der Europäischen Verfassung. Es ist gleichzeitig – und hier liegt das eigentliche Anliegen des Werkes – Teil und Dokumentation der europäischen Verfassungskultur bis zum heutigen Tag.

www.bwv-verlag.de

26. Internationales Recht

Marion Albers | Ruth Weinzierl (Hrsg.)

Menschenrechtliche Standards in der Sicherheitspolitik Beiträge zur rechtsstaatsorientierten Evaluierung von Sicherheitsgesetzen

Tagungsberichte 2010
ISBN 978-3-8329-4337-0
Buch 198 Seiten, 29,- €



Im Zuge der Terrorismusbekämpfung hat sich das Recht zum Schutz der inneren Sicherheit grundlegend verändert. Mittlerweile haben sich Evaluationen sicherheitsbehördlicher Kompetenzen zu einem zentralen Baustein des neuen Sicherheitsrechts entwickelt. Evaluierungsklauseln spiegeln die Unsicherheit des Gesetzgebers und der Gesellschaft über die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Menschenrechte und den Rechtsstaat wider. Trotz der praktischen Bedeutung der Evaluation wurden bisher weder die verfassungs- und menschenrechtlichen Grundlagen noch die Methodik für die komplexe Aufgabe der Evaluierung von Sicherheitsgesetzen wissenschaftlich erarbeitet. Dieses Forschungsdesiderat droht Evaluationen in der Praxis zur Farce werden zu lassen.

Der vorliegende Band bietet nun erstmals einen Überblick über die Hintergründe, Grundlagen, methodischen Ansätze, bisherigen Erfahrungen und spezifischen Problemstellungen bei der Evaluierung von Sicherheitsgesetzen. Er versammelt Beiträge von Wissenschaftlern und Experten aus der politischen Praxis.

Die Autorinnen und Autoren:

Prof. Dr. Marion Albers, Universitär Augsburg | Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, ehem. Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte | Dorothee Fütth, Beamtin bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen | Hansjörg Geiger, Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR a.D., Präsident des

Bundesamtes für Verfassungsschutz a.D., Präsident des Bundesnachrichtendienstes a.D., Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a.D., Honorarprof. an der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt am Main | Dr. Gerrit Hornung, LL.M., Geschäftsführer der Projektgruppe verfassungstragliche Technikgestaltung (provet) an der Universität Kassel | Dr. Bertold Huber, Vorsitzender Richter am VG Frankfurt (Main), Mitglied der G 10-Kommission des Bundes | Prof. Martin Kuijer, senior legal adviser on human rights law at the Netherlands Ministry of Justice | Dr. Daniel Moeckli, LL.M., Oberassistent für Öffentliches Recht an der Universität Zürich | Dr. Thomas Petermann, stv. Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) | Dr. Ruth Weinzierl, Wissenschaftliche Referentin für die Bereiche Migration, Innere Sicherheit und Europa am Deutschen Institut für Menschenrechte.

Ruth **Weinzierl** | Marion **Albers**

- Wandel der Sicherheitspolitik
Menschenrechtsorientierte Evaluierung als Kontrollinstrument und

Heiner **Bielefeldt**

- Rechtsstaatliche Transparenz und Menschenwürde. Rechtsethische Überlegungen zur Evaluierung von Sicherheitsgesetzen

Marion **Albers**

- Funktionen, Entwicklungsstand und Probleme von Evaluationen im Sicherheitsrecht

Dorothee **Fütth**

- Erfahrungen mit Evaluierungsprozessen in Nordrhein-Westfalen am Beispiel der präventiv-polizeilichen Videoüberwachung

Gerrit **Hornung**

- Die kumulative Wirkung von Überwachungsmaßnahmen: Eine Herausforderung an die Evaluierung von Sicherheitsgesetzen

Hansjörg **Geiger**

- Informationsbedürfnisse und Geheimhaltungserfordernisse: menschenrechtsorientierte Evaluierung und Kontrolle der Nachrichtendienste

Bertold **Huber**

- Informationsbedürfnis und Geheimhaltungserfordernisse: Menschenrechtsorientierte Evaluierung von Sicherheitsgesetzen aus der Sicht parlamentarischer Kontrollgremie

Daniel **Moeckli**

- Diskriminierende Tendenzen moderner Sicherheitspolitik: Ansätze für eine Methodik der Evaluierung

Thomas **Petermann**

- Biometrie als globale Kontrolltechnologie - Die Rolle der Technikfolgenabschätzung

Ruth **Weinzierl**

- Europäische Parallelentwicklungen als Gegenstand menschenrechtsorientierter Evaluierung

Martin **Kuijer**

- Human-Rights-Oriented Evaluation of Security Legislation: National Practice and European Guidance from the ECHR

www.nomos.de

Andreas R. Ziegler | Stefan Wehrenberg
Renaud Weber

Kriegsverbrecherprozesse in der Schweiz

Zürich 2009

Rezension: Thomas Weibel



SJZ 14/2010, 359-369

Johannes Strangas
Charis Papacharalambous

Zweck, Teleologie und Recht

Akten der Griechischen Gesellschaft für Rechtsphilosophische und Rechtshistorische Forschung. Band 4
Baden-Baden 2010
ISBN 978-3-8329-5506-9
893 Seiten, 80.- €

Der Sammelband vereint 34 Abhandlungen aus verschiedenen Bereichen der rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung und der juristischen Dogmatik sowie philosophischer und interdisziplinärer Forschung. Die Beiträge bieten eine kritische Analyse der Eigenart und der Rationalität menschlicher Zwecksetzung insbesondere (aber nicht nur) im Bereich des Rechts. Den in griechischer Sprache abgefassten Texten folgt jeweils eine lange Zusammenfassung in deutscher oder in französischer Sprache.

Die allgemeine Thematik der Aufsätze erstreckt sich auf ein breites Spektrum von Aspekten rationaler Zielsetzung. Dabei werden nicht nur die Begriffe Zweck, Ziel und Teleologie erörtert, sondern auch sinnverwandte Begriffe wie „Intentionalität“, „Zweckmäßigkeit“, „Teleonomie“, „Entelechie“ und „Eschatologie“. Im ersten Teil sind Beiträge enthalten, die sich mit der philosophischen und der interdisziplinären Betrachtung des Themenfeldes befassen. Der zweite Teil widmet sich der rechtshistorischen Forschungsperspektive. Den Band vervollständigt ein dritter Teil, der eine breit gefächerte juristische Untersuchung bietet.

Der Sammelband dokumentiert eine interdisziplinäre Tagung, die von der Griechischen Gesellschaft für rechtsphilosophische und rechtshistorische Forschung in Athen veranstaltet wurde.

www.nomos.de

Theodor Bühler

Schweizerische Rechtsquellen und Schweizerische Verfassungsgeschichte nach einer Vorlesung von Ulrich Stutz (1868-1932)

Nach einer Nachschrift
von Dr. Adolf Im Hof
Baden-Baden 2010

ISBN 978-3-8329-5623-3
658 Seiten, 66.- €



Am Anfang seiner universitären Laufbahn hielt Professor Dr. Ulrich Stutz, einer der berühmtesten Kanonisten des deutschen Sprachgebietes im Wintersemester 1895/1896 eine Vorlesung über Schweizerische Rechtsquellen und Schweizerische Verfassungsgeschichte an der Universität Basel, die der spätere Basler Regierungsrat Dr. Adolf Im Hof als Student nachschrieb. Diese Nachschrift wird nun mit Kommentar des Herausgebers erstmals veröffentlicht. Bei den Schweizerischen Rechtsquellen und der Schweizerischen Verfassungsgeschichte handelt es sich um bedeutende aber selten behandelte Grundlagengebiete. Ihnen folgt eine Schweizerische Verfassungsgeschichte des Herausgebers mit teilweise neuen Erkenntnissen.

www.nomos-shop.de

Reto Patrick Müller

Innere Sicherheit Schweiz

Rechtliche und tatsächliche
Entwicklungen im Bund seit 1848

Egg b. Einsiedeln 2009

Rezension: Peter Kottusch



ZSchwR | 3/2010, 361-363

SCHWEIZ Hubert Rottleuthner

Karrieren und Kontinuitäten deutscher Justizjuristen vor und nach 1945

Justizforschung und
Rechtssoziologie, Bd. 9
Berlin 2010
ISBN 978-3-8305-1631-6
395 Seiten, 69.- €



Welche Karrieren machten Juristen im höheren Justizdienst nach 1933? Welche personellen Kontinuitäten weist die Justiz in Deutschland nach 1945 auf? Die guten Karrierechancen dürften neben anderen Faktoren die hohe Konformität von Justizjuristen im NS erklären. Nach 1945 waren die personellen Kontinuitäten vor allem in den oberen Gerichten – mit Ausnahme des Bundesverfassungsgerichts – sehr hoch. Der Untersuchung liegen Daten von über 34.000 Personen zugrunde, die zwischen 1933 und 1964 im höheren Justizdienst tätig waren. Auf der Basis dieser Informationen wird in speziellen Studien die Situation am Kammergericht nach 1933 untersucht; es kann der Berufsweg von ehemaligen Richtern am Volksgerichtshof nach 1945 verfolgt werden, und es werden Angaben zur NS-Vergangenheit von Richtern herangezogen, die nach 1945 über ihre früheren Berufskollegen in Rechtsbeugungssachen zu Gericht saßen – zur Erklärung dafür, warum fast kein Richter, der in der Zeit des NS tätig war, in der Bundesrepublik wegen Rechtsbeugung zur Verantwortung gezogen wurde. Die Daten über die Justizjuristen stehen in Form einer Access-Datei auf der beigelegten CD für weitere Auswertungen zur Verfügung. – In einem zweiten Teil wird die Situation in der Hamburger Justiz vor und nach 1945 auf der Basis von Personalakten untersucht.

www.bwv-verlag.de

28. Wirtschaftswissenschaften

Dieter Engels | Manfred Eibelshäuser

Öffentliche Rechnungslegung - Von der Kameralistik zur Doppik Status - Reformen - Perspektiven

Kronach 2010
Erscheinungstermin: Juli 2010
ISBN 978-3-556-02065-4
200 Seiten, 29,70 €

Der Kommentar ist das ideale Arbeitsmittel für alle Praktiker, die mit der Verwaltung, Einnahme und Ausgabe öffentlicher Gelder betraut sind. Die Anwender in den öffentlichen Verwaltungen, in öffentlichen Körperschaften und öffentlichen Unternehmen, Wirtschaftsprüfer und Controller schätzen den Kommentar als wertvollen aktuellen Ratgeber zum gesamten Haushaltsrecht - einschließlich der Finanzkontrolle. Das hochkarätige Autorenteam bürgt für die hervorragende Qualität unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen im Finanzwesen. Neu aufgenommen sind ausführliche Kommentierungen im Teil IV zur Öffentlichen Rechnungslegung und im Teil V zur Kommunalen Finanzkontrolle.

Aus dem Inhalt u. a.:

- Kommentierung der das Finanzwesen betreffenden Artikel des GG
- Kommentierung der BHO unter Berücksichtigung des Landesrechts
- Kommentierung der Vorschriften des HGrG, die einheitlich für Bund und Länder gelten
- Kommentierungen zur Öffentlichen Rechnungslegung und zur Kommunalen Finanzkontrolle
- Finanzkontrolle im Ausland
- bedeutsame haushaltsrechtliche Gerichtsentscheidungen

Die CD-ROM enthält alle wichtigen Vorschriften im Volltext und neu die Synopsen zur Kommunalen Finanzkontrolle, auf die in der Kommentierung Bezug genommen wird.

www.carllink.de

DIIR

Revision von Bauleistungen Kommentierte Prüfungsfragen für die Revisionspraxis

DIIR Schriftenreihe Bd. 6
3. Aufl., Berlin 2010
978-3-503-12485-5
53 Seiten, 17,95 €

www.esv.info

Bücherpaket Last-Minute-Check

bestehend aus den Titeln:

Last-Minute-Check Verfahrensrecht,
Last-Minute-Check Ertragsteuern und
Last-Minute-Check Buchführung und
Bilanzwesen

2. Auflage
Herne 2010
Erscheinungstermin: August 2010

ISBN 978-3-482-62322-6
64,- €

www.nwb.de

ÖSTERREICH

Ulrich Kraßnig

Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Abschlussprüfer Gesetzlicher Anspruch vs. gelebte Wirklichkeit

Wien : Linde Verlag Wien, 2010
Erscheinungstermin: 17.06.2010
ISBN 978-3-7073-1744-2
200 Seiten, 56,40 €

www.lindeverlag.at

SCHWEIZ

Eric Meier

Due Diligence bei Unternehmensübernahmen

Zürich 2010
Schweizer Schriften zum Handels- und
Wirtschaftsrecht, Band 286
Erscheinungstermin: 2010
ISBN 978-3-03-751227-2
404 Seiten

www.dike.ch

Frank K. Peter | Ralph Kramer

Insolvenzrecht für Wirtschaftswissenschaftler

Wiesbaden 2010
Erscheinungstermin: Juli 2010
ISBN 978-3-8349-1816-1
180 Seiten, 29,95 €

Das Buch stellt das komplette Insolvenzrecht für Studenten der Wirtschaftswissenschaften dar und geht auf die wichtigsten klausurrelevanten Themenfelder ein. Der Stoff wird anhand zahlreicher Beispiele und Fälle anschaulich vermittelt. Wiederholungsfragen in jedem Kapitel vertiefen das Wissen. Darüberhinaus bietet es den Studenten im späteren Arbeitsleben einen Leitfaden für die dort auftretenden insolvenzrechtlichen Probleme.

Aus dem Inhalt

- Ziele und Verlauf des Insolvenzverfahrens
- Das Insolvenzeröffnungsverfahren
- Folgen der Insolvenzeröffnung
- Organe des Insolvenzverfahrens
- Materielles Insolvenzrecht
- Arbeitsrecht in der Insolvenz
- Insolvenz und Gerichtsverfahren, Zwangsvollstreckung
- Die Insolvenzanfechtung
- Insolvenzverfahren und Gesellschaftsrecht
- Masselosigkeit, Beendigung des Verfahrens
- Besondere Verfahrensarten

www.gabler.de

29. Sonstiges

Tanja V. Horvath

Stiftungen als Instrument der Unternehmensnachfolge

Eine rechtsvergleichende und kollisionsrechtliche Betrachtung zu Deutschland und Italien

Frankfurt 2010

Europäische Hochschulschriften - Reihe II
Band 5004

ISBN 978-3-631-60077-1

200 Seiten, 42.80 €

Dieses Buch beschäftigt sich mit dem Problem des Generationenwechsels in mittelständischen Unternehmen und erörtert anhand verschiedener Fragestellungen die Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von Stiftungen als Instrument der Unternehmensnachfolge. Es findet eine rechtsvergleichende und kollisionsrechtliche Betrachtung statt, die das deutsche dem italienischen Recht gegenüberstellt und grenzüberschreitende Lösungen erörtert. Ein besonderer Schwerpunkt bildet dabei die Diskussion über die Wahl des Anknüpfungsmerkmals nach der Sitz- bzw. Gründungstheorie und die Übertragbarkeit der Regelungen des Gesellschaftsrechts auf die Rechtsform der Stiftung. Die neueren Entwicklungen in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (Überseering, Inspire Art, Centros und Cartesio) im Hinblick auf die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Sitzverlegung von Stiftungen zwischen Deutschland und Italien werden ausführlich dargestellt und erörtert.

Aus dem Inhalt: Grundlagen der Stiftung nach deutschem Recht - Grundlagen der Stiftung nach italienischem Recht - Internationales Stiftungsrecht im deutschen und italienischen Rechtsverkehr - Definition der Stiftung - Stiftungsmerkmale - Stiftungstypen - Zulässigkeit der Stiftung zur Regelung der Unternehmensnachfolge - Erbrechtliche Bestimmungen - Gestaltungsmöglichkeiten bei der Stiftungserrichtung - Beurteilungskriterien bei der Wahl der Rechtsform der Stiftung - Bestimmung des anzuwendenden

Stiftungsstatuts - Wahl des Anknüpfungsmerkmals nach der Sitz- bzw. Gründungstheorie - Übertragbarkeit der Grundsätze aus dem Gesellschaftsrecht auf die Rechtsform der Stiftung - Anerkennung ausländischer Stiftungen im Inland - Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Sitzverlegung.

www.peterlang.de

Jasper von Hoerner

Die Formulierungsfreiheit des Stifters als Ausfluss seiner Privatautonomie

Hamburg 2010

Studien zur Rechtswissenschaft, Bd. 247

ISBN 978-3-8300-4983-8

218 Seiten, 78,- €

Der Autor erörtert den in der Praxis leider sehr häufig auftretenden Zwiespalt zwischen Stifter und Behörde hinsichtlich der Formulierung des Stiftungsgeschäfts. Vor allem im Bereich der Formulierung von Stiftungssatzungen kommt es nicht immer zu dem gewünscht reibungslosen Ablauf bei der Anerkennung einer Stiftung. Wiederholt haben Anerkennungsbehörden einen Anerkennungsantrag zurückgewiesen, weil sich der Stifter mit seinen Formulierungen nicht an den Wortlaut einzelner Musterformulierungen des Stiftungsgeschäfts oder einer Mustersatzung gehalten hat. Auch Finanzbehörden weisen immer wieder Anträge auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit einer Stiftung zurück, da die Stiftungssatzung nicht mit den Formulierungen aus der Abgabenordnung oder der von den Finanzämtern erstellten Mustersatzungen übereinstimmen. Gegenüber dem Stiftungswilligen wird dabei in der Regel sogar der Eindruck erweckt, dass eine Anerkennung der Stiftung oder die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit nicht erfolgen würde, sollte er sich mit seinen Formulierungen nicht exakt an die Vorgaben von Behördenseite halten.

Die meisten Stifter resignieren bei den blockierenden Versuchen der Behörden, denn sie wollen vorrangig die Errichtung ihrer Stiftung verwirklicht sehen. Die Vorgaben, die ein Stifter im Rahmen von Stiftungssatzung und Stiftungsgeschäft macht, haben jedoch hinsichtlich der zukünftiger Existenz und Tätigkeit der Stiftung grundlegende Bedeutung. Die Formulierung der Satzung ist entscheidend für die spätere Bindung der Stiftung und ihrer Organe und damit für die Erfüllung des Stifterwillens.

Zur Erörterung dieses Konfliktes zwischen Stifter und Behörde wird anfangs die Rechtssphäre des einzelnen Privaten in unsere Gesellschaft, die Privatautonomie, eingehend beleuchtet. Wie weit gehen die Befugnisse des Einzelnen zur Rechtsgestaltung gerade auch durch eigene Formulierungen und worauf fußt dies? Hier wird in den ersten Kapiteln der Studie von der Position als Stifter abgerückt und in einer grundlegenden Betrachtung die Autonomie des Einzelnen unter Zuhilfenahme ihrer historischen Entwicklung herausgestrichen und erst dann auf die Stifterfreiheit und vor allem die Freiheit zur eigenen Formulierung eingegangen. Im weiteren Verlauf wird der Formulierungsfreiheit des Stifters die behördliche Einflussphäre gegenübergestellt, wobei zunächst die Anerkennung der Stiftung selbst Thema ist, um anschließend die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit und die jeweiligen behördlichen Einflussmöglichkeiten zu untersuchen. Am Ende des ersten Teils entsteht somit ein Gesamtbild des Spannungsfeldes zwischen Stifter und Behörde, das nicht nur die rein rechtlichen Grenzen und Befugnisse beider Parteien beleuchtet, sondern auch praktische Erwägungen mit einbezieht. Nur, weil eine Rechtssphäre rechtlich eindeutig definiert ist, heißt dies - wie die vorliegende Problematik zeigen wird - noch lange nicht, dass in der Praxis auch danach gehandelt wird. Die Gründe für ein solch abweichendes Handeln sollen in diesem Werk ebenfalls einer kritischen Bewertung unterzogen werden.

www.verlagdrkovac.de

Impressum

Herausgeber des Zeitschriften-
Inhaltsdienstes (ZID) sind:

Kuselit Verlag GmbH
Geschäftsführung
Ulrike Metzger | Gerd Schliebe
Leidsthaler Hub 2
66871 Etschberg
Tel. 06383 927972
Handelsregister
AG Kusel HRB 21631
USt-IdNr. DE 193667170
www.kuselit.de
email: verlag@kuselit.de

und

jurmatix GbR
Ralph Hecksteden | Marc Luuk
Auf dem Stümpfchen 29
66564 Ottweiler
www.jurmatix.de
email: info@jurmatix.de

Der ZID erscheint wöchentlich und dient der schnellen Information über neue juristische Periodika. Hierzu werden bibliographische Daten ausgewiesen und nach sachgerechten Kriterien sortiert. Die den ZID ergänzenden Informationen bestehen aus Buch- und Veranstaltungshinweisen, Pressemitteilungen, Rezensionen und weiteren Beiträgen, die in Zusammenhang mit den jeweiligen Sachgebieten stehen. Die durch die Informationen vermittelten Ansichten und Meinungen stellen nicht in allen Fällen die Meinung der Herausgeber dar. Eine Haftung – insbesondere für Preisangaben und Lieferbarkeiten Dritter – übernehmen die Herausgeber ebenfalls nicht. Die Zusendung von Beiträgen ist erwünscht. Den Abdruck behalten wir uns vor.

Der ZID ist kostenlos.

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

REZENSIONSANGEBOTE

Jochen Kerkmann (Hrsg.)
Naturschutzrecht
2. Auflage, Berlin 2010
854 Seiten, EUR 68,- €
ISBN 978-3-86965-021-0

Ulrich Drost
Das neue Wasserrecht
Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
Verordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VUmwS)
Stuttgart 2010
2350 Seiten, 148,- €
ISBN 978-3-415-04483-8

Manfred Matjeka
Vorschriftensammlung Europarecht
Stuttgart 2010, 6. Aufl., 1055 Seiten, 27,50 €
ISBN 978-3-415-04124-0

André Niedostadek
Praxishandbuch Mediation
Ansatzpunkte und Impulse für den öffentlichen Bereich
Stuttgart 2010, 478 Seiten, 98,- €
ISBN 978-3-415-04463-0

Justizministerium Baden-Württemberg
PEBB\$Y Fortschreibung 2008
Fortschreibung der Personalbedarfsrechnung für alle Berufsgruppen des richterlichen und nichtrichterlichen Dienstes PEBB\$Y I, PEBB\$Y II und PEBB\$Y Fach
ISBN 978-3-89817-847-1
2010, 1124 Seiten, 148,- €

Wolfgang Kleiber
WertR 06 – Wertermittlungsrichtlinien und ImmoWertV 2010
Sammlung amtlicher Texte zur Ermittlung des Verkererswerts von Grundstücken mit Normalherstellungskosten - NHK
ISBN 978-3-89817-757-3
2010
528 Seiten, 39,- €

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN - 29. Kalenderwoche

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu der Liste der Inhaltsverzeichnissen führen!

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen Organ des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB)	7,8/2010	www.dgvz.de
FoVo	Forderung & Vollstreckung	7/2010	www.anwaltverlag.de
MBP	Mandat im Blickpunkt - Steuern, Buchführung, Bilanzen Praxisnahe Informationen für Mitarbeiter in der Steuerkanzlei	7/2010	www.iww.de
SchAZtg	Schiedsamtszeitung Organ des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	7/2010	www.heymanns.com

2. Recht: Allgemein

Büro	Die Büroberufe - Zeitschrift für die Aus- und Weiterbildung	7/2010	www.kiehl.de
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen BGH - Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	27,28/2010	www.boorberg.de
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit - vereint mit OLGZ	3/2010	www.beck.de
JA	Juristische Arbeitsblätter - Zeitschrift für Studenten und Referendare	7/2010	www.luchterhand.de
JZ	Juristenzeitung	14/2010	www.mohr.de
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht Zeitschrift für die Zivilrechts-praxis	14/2010	www.otto-schmidt.de
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	30/2010	www.beck.de
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	13/2010	www.beck.de
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten Beilage zur NJW	14/2010	www.njw.de
NRÜ	Nomos Rechtsprechungsübersicht	7/2010	www.nomos.de
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung	13/2010	www.manz.at
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	14/2010	www.schulthess.com
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	14/2010	www.zap-verlag.de
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins Organ für schweizerische Rechtspflege und Gesetzgebung Revue de la société des juristes bernois	6/2010	www.staempfli.com
ZSchwR I	Zeitschrift für Schweizerisches Recht	Bd. 129, 3/2010	www.helbing.ch

3. Staats- und Verfassungsrecht

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	Bd. 124, 1,4/2010	www.mohr.de
Das Parlament	Das Parlament	28,29/2010	www.fsd.de

4. Gesetze und Verordnungen

BGBl. I	Bundesgesetzblatt Teil I	35,36/2010	www.bundesanzeiger.de
BGBl. II	Bundesgesetzblatt Teil II	18,19/2010	www.bundesanzeiger.de
BStBl I	Bundessteuerblatt Teil I: Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Finanzen und der obersten Finanzbehörden der Länder	11/2010	www.stollfuss.de
BStBl II	Bundessteuerblatt Teil II: Entscheidungen des Bundesfinanzhofs	11/2010	www.stollfuss.de
DIE JUSTIZ	Die Justiz - Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	7/2010	www.neckar-verlag.de
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt	40, 41/2010	www.heymanns.com
GVBl. NRW	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	20,21/2010	www.parlamentsspiegel.de
GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz	9/2010	www.parlamentsspiegel.de
Nds.GVBl	Niedersächsisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	17,18/2010	www.parlamentsspiegel.de
Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	22,25/2010	www.rechtsvorschriften-niedersachsen.de
Sächs. GVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt	5/2010	www.sachsen-gesetze.de

5. Landesrecht | Kommunalrecht

apf/B	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Bayern) - Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung (Ausgabe Bayern)	7/2010	www.boorberg.de
apf/BW	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Baden-Württemberg) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung	7/2010	www.boorberg.de
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	14/2010	www.boorberg.de
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	14/2010	www.boorberg.de
FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	14/2010	www.boorberg.de
Gemeindehaushalt	Der Gemeindehaushalt - Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen	7/2010	www.kohlhammer.de
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	14/2010	www.boorberg.de
KommP BY	KommunalPraxis Ausgabe Bayern Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht	7,8/2010	www.carllink.de

6. Verwaltungsrecht

apf/GA	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Gesamtausgabe) - Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung	7/2010	www.boorberg.de
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	Bd. 135, 1/2010	www.heymanns.com
DVBf.	Deutsches Verwaltungsblatt	14/2010	www.heymanns.com
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	13/2010	www.beck.de
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	13/2010	www.beck.de
RPA	Zeitschrift für Vergaberecht Recht und Praxis der öffentlichen Auftragsvergabe (Österreich)	3/2010	www.verlagoesterreich.at
VR	Verwaltungsrundschau - Zeitschrift für Verwaltung in Praxis und Wissenschaft	7/2010	www.kohlhammer.de

7. Glaube | Religion | Kirche

- Keine Einträge -

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß	Bd. 123, 2/2010	www.heymanns.com
-----	-----------------------------	--------------------	------------------

9. Privatrecht

- Keine Einträge -

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

FamRBint	Der Familien-Rechts-Berater international Informationsdienst für die anwaltliche Praxis (Beilage zu FamRB)	3/2010	www.otto-schmidt.de
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	14/2010	www.gieseking-verlag.de
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge Erbrecht - Gesellschaftsrecht - Steuerrecht	7/2010	www.beck.de

11. Verkehr | Transport

ASR	Auto Steuern Recht Der aktuelle Informationsdienst für das Kfz-Gewerbe	7/2010	www.iww.de
DAR	Deutsches Autorecht	7/2010	www.adac.de
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht - Haftungs- und Versicherungsrecht, Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, Verwaltungsrecht	7/2010	www.beck.de
V+T	Verkehr und Technik - Organ für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Verkehrsrecht Verkehrswirtschaft Verkehrspolitik	7/2010	www.ESV.info

12. Strafrecht und Nebengebiete

MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform	3/2010	www.heymanns.com
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik Online-Zeitschrift: www.zis-online.com	7,8/2010	www.zis-online.com

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	14/2010	www.beck.de
EBE/BAG	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BAG	14/2010	www.boorberg.de
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht European Journal of Labour Law (EJLL)	3/2010	www.beck.de
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst Arbeitsrechtliche Sofortinformation	14/2010	www.luchterhand.de
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht Zeitschrift für die beratende und gerichtliche Praxis	7/2010	www.luchterhand.de
GiP	Gleichstellung in der Praxis	3/2010	www.rvdecker-verlag.de
LGP	Löhne und Gehälter professionell - Aktuelle Informationen und Praxisempfehlungen zu Lohnsteuer und Sozialversicherung	7/2010	www.iww.de
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis	13/2010	www.beck.de
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht	1,5/2010	www.beck.de
PERSONAL	PERSONAL - Zeitschrift für Human Resource Management	7,8/2010	www.vhb.de
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände	4/2010	www.vhb.de
SPA	Schnellbrief für Personalwirtschaft und Arbeitsrecht Aktuelle Gesetzgebung, neue Rechtsprechung und alle wichtigen Trends für die Personalarbeit	14/2010	www.beck.de
ZFA	Zeitschrift für Arbeitsrecht	2/2010	www.heymanns.com

14. Sozialrecht

BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts	Bd. 104, 5/2010	www.heymanns.com
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte	Bd. 61, 7/2010	www.boorberg.de
JMSR	Jugend-Medien-Schutz-Report - Fachzeitschrift zum Jugendmedienschutz mit Newsletter - vormals BPS-Report	3/2010	www.nomos.de
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge	7/2010	www.deutscher-verein.de
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit	7/2010	www.ESV.info
SOZIALwirtschaft	Zeitschrift für Sozialmanagement	4/2010	www.nomos.de
SOZIALwirtschaft aktuell	Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft	13/2010	www.nomos.de
ZESAR	Zeitschrift für Europäisches Sozial- und Arbeitsrecht	7/2010	www.ESV.info

15. Wirtschaftsrecht

BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	30/2010	www.ruw.de
DB	DER BETRIEB - Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	27,28/2010	www.vhb.de
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht	Bd. 20, 7/2010	www.degruyter.de
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	13/2010	www.rws-verlag.de
GmbHR	GmbH-Rundschau Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	14/2010	www.otto-schmidt.de
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater - Informationsdienst für die Beratungspraxis von GmbH und GmbH & Co.	7/2010	www.otto-schmidt.de
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht Handels- und Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Finanzierung	13/2010	www.beck.de
InsbürO	Zeitschrift für das Insolvenzbüro Personalwesen Organisation Tabellenführung, Treuhandchaft, Verbraucherinsolvenz, Vergütung, Rechnungswesen Verwertung	7/2010	www.zap-verlag.de
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht / Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	13/2010	www.nwb.de
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung Wirtschaft Recht Steuern	4/2010	www.ESV.info
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen Zeitschrift für Insolvenzrecht	2/2010	www.heymanns.com
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht Das gesamte Recht der Kapital- und Personengesellschaften	20/2010	www.beck.de
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht und Sanierung Das gesamte Recht der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenz	15/2010	www.beck.de
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft - Betriebsberater-International	7/2010	www.ruw.de
US-Exportbestimmungen	Informationsdienst US-Exportbestimmungen - Ein Informationsdienst für Unternehmen, die US-amerikanische Waren einführen bzw. reexportieren, herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Köln	7,8/2010	www.bundesanzeiger.de
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa - Zeitschrift zur Rechts- und Wirtschaftsentwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas	7/2010	www.beck.de
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht mit Beihefter: Insolvenzreport	29/2010	www.zap-verlag.de
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (bis 1980: Insolvenzrecht)	28/2010	www.rws-verlag.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

- Keine Einträge -

17. Gewerblicher Rechtsschutz

BPatGE	Entscheidungen des Bundespatentgerichts	Bd. 51, 3/2010	www.heymanns.com
CIPReport	Der Newsletter des Zentrums für Gewerblichen Rechtsschutz	2/2010	www.gewrs.de
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechts- schutz und Urheberrecht	7/2010	www.beck.de
GRUR-Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Internationaler Teil	7/2010	www.beck.de
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungsreport	7/2010	www.beck.de
IP kompakt	Informationsdienst IPkompakt - Gewerblicher Rechtsschutz für die patent- und rechtsanwaltliche Praxis	7/2010	www.bundesanzeiger.de
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte Hrsg. vom Vorstand der Patentanwaltskammer	7,8/2010	www.heymanns.com

18. Steuerrecht

DStR	Deutsches Steuerrecht Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirt- schaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	28/2010	www.beck.de
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung - In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemein- schaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	14/2010	www.stollfuss.de
EC Tax Review	EC Tax Review	Bd. 19, 3/2010	www.kluwerlaw.com
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	13/2010	www.stollfuss.de
finanzen.steuern kompakt	finanzen.steuern kompakt. - Fachmagazin für die betriebliche Praxis	7/2010	www.haufe.de
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	14/2010	www.otto-schmidt.de
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung	7/2010	www.stollfuss.de
Intertax	Intertax	Bd. 38, 6,7/2010	www.kluwerlaw.com
IStR	Internationales Steuerrecht - Monatsschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung	14/2010	www.beck.de
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	29/2010	www.nwb.de
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	28,29/2010	www.nwb.de
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung Auslandsinvestitionen - Auslandsentsendung - Inbound-Aktivitäten	7/2010	www.iww.de
StC	SteuerConsultant Die kompakte Information für steuer- und wirtschaftsberatende Berufe	7/2010	www.haufe.de
steueranwaltsmaga- zin	Steueranwaltsmagazin Arbeitsgemeinschaft Steuerrecht im Deutschen Anwaltverein	3/2010	www.steuerrecht.org

SteuerStud	Steuer & Studium Zeitschrift für die Aus- und Fortbildung im Steuerrecht	7/2010	www.nwb.de
Steufa-Z	Zeitschrift für Steuerfachangestellte	58/2010	www.deubner-verlag.de
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	13/2010	www.beck.de
STFA	Die Steuerfachangestellten - Zeitschrift für Aus- und Weiterbildung	7/2010	www.kiehl.de
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	28/2010	www.deubner-verlag.de
UR	Umsatzsteuer-Rundschau Hrsg. in Verbindung mit dem UmsatzsteuerForum e.V.	14/2010	www.otto-schmidt.de

19. Umwelt | Agrar | Energie

RdE	Recht der Energiewirtschaft 1979-1991: Recht der Elektrizitätswirtschaft	7/2010	www.heymanns.com
-----	---	--------	------------------

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Bauen + Energie	Informationsdienst für Planer, Baugewerbe und Energieberater	6/2010	www.bundesanzeiger.de
BRS-ID	Informationsdienst Öffentliches Baurecht Ergänzung zur Baurechtssammlung (BRS)	3/2010	www.werner-verlag.de
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht - Miete, Wohnungseigentum, Pacht, Makler- und Bauträgerrecht, Steuern, Wohnungswirtschaft, Versicherung, Immobilienleasing, Time-Sharing,	13/2010	www.beck.de
UBB	UnternehmerBrief Bauwirtschaft - Steuern - Bilanz - Werkvertrag / VOB - Liquidität - Finanzierung - Unternehmensführung	7/2010	www.ernst-und-sohn.de
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	14/2010	www.rws-verlag.de

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

AB	Apotheker Berater - Apothekenführung Recht Steuern Finanzen	7/2010	www.iww.de
MPR	MedizinProdukte-Recht Technologie - Ökonomie - Innovation	3/2010	www.pmi-verlag.de / www.nomos.de
ZWD	Zahnärzte Wirtschaftsdienst Praxisführung - Recht - Steuern - Finanzen	7/2010	www.iww.de

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

AfP	Archiv für Presserecht Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	3/2010	www.vhb.de
IT-Grundschutz	Informationsdienst für CIOs, IT-Manager und -Sicherheitsverantwortliche	7/2010	www.secumedia.de

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

bank und markt	bank und markt - Zeitschrift für Retailbanking	7/2010	www.kreditwesen.de
CFB	CORPORATE FINANCE biz Finanzmanagement, Bewertung, Kapitalmarkt	5/2010	www.vhb.de
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv Zeitschrift für das gesamte Bank- und Börsenwesen	7/2010	http://www.periodicals.com/html/ihp_e.html?gb17453

r+s	recht und schaden - Unabhängige monatliche Informationsschrift für Versicherungsrecht und Schadensersatz	7/2010	www.beck.de
VK	Versicherung und Recht kompakt Aktueller Informationsdienst für die Schadensbearbeitung	7/2010	www.iww.de
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	27,28/2010	www.wertpapiermitteilung.com
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht - Monatliches Fachblatt für Schadensrecht, Versicherungsrecht, Verkehrsrecht	7/2010	www.anwaltverlag.de

24. Asylrecht | Ausländerrecht

AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst	14/2010	www.luchterhand.de
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik - mit Beilage ANA-ZAR (Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht)	5,6/2010	www.nomos.de

25. Europa | Europarecht

EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	14/2010	www.beck.de
JOR	Jahrbuch für Ostrecht	Bd. 51, 2010	www.beck.de

26. Internationales Recht

AVR	Archiv des Völkerrechts	Bd. 48, 2/2010	www.mohr.de
-----	-------------------------	-------------------	-------------

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

Rth	Rechtstheorie - Zeitschrift für Logik, Methodenlehre, Kybernetik und Soziologie des Rechts	Bd. 41, 1/2010	www.duncker-humblot.de
-----	--	-------------------	------------------------

28. Wirtschaftswissenschaften

BBK	Buchführung, Bilanz, Kostenrechnung Betrieb und Rechnungswesen	14/2010	www.nwb.de
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling Bilanzen.Steuern.Wirtschaftsrecht.Finanzierung.Beratungsspraxis	7/2010	www.beck.de
sbr	Schmalenbachs business review / Schmalenbachs Zeitschrift für betriebliche Forschung - englischsprachige Fassung erscheint vierteljährlich als "sbr" seit 1999	7/2010	www.vhb.de
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	14/2010	www.idw.de

29. Sonstiges

SB	Stiftungsbrief - Informationsdienst für Stiftungen und ihre Berater	7/2010	www.iww.de
----	---	--------	------------

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH - 29. Kalenderwoche

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen,
die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen führen !

AB	Apotheker Berater - Apothekenführung Recht Steuern Finanzen	7/2010
AfP	Archiv für Presserecht - Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	3/2010
apf/B	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Bayern) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung (Ausgabe Bayern)	7/2010
apf/BW	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Baden-Württemberg) - Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung	7/2010
apf/GA	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Gesamtausgabe) - Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung -> erscheint auch als Landesausgabe für Bayern	7/2010
ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	14/2010
ASR	Auto Steuern Recht - Der aktuelle Informationsdienst für das Kfz-Gewerbe	7/2010
AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst	14/2010
AVR	Archiv des Völkerrechts	Bd. 48, 2/2010
bank und markt	bank und markt - Zeitschrift für Retailbanking	7/2010
Bauen + Energie	Informationsdienst für Planer, Baugewerbe und Energieberater	6/2010
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	14/2010
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	30/2010
BBK	Buchführung, Bilanz, Kostenrechnung - Betrieb und Rechnungswesen	14/2010
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling Bilanzen . Steuern . Wirtschaftsrecht . Finanzierung . Beratungspraxis	7/2010
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	35,36/2010
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II	18,19/2010
BPatGE	Entscheidungen des Bundespatentgerichts	Bd. 51, 3/2010
BRS-ID	Informationsdienst Öffentliches Baurecht - Ergänzung zur Baurechtssammlung (BRS)	3/2010
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts	Bd. 104, 5/2010
BStBl I	Bundessteuerblatt Teil I: Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Finanzen und der obersten Finanzbehörden der Länder	11/2010
BStBl II	Bundessteuerblatt Teil II: Entscheidungen des Bundesfinanzhofs	11/2010
Büro	Die Büroberufe - Zeitschrift für die Aus- und Weiterbildung	7/2010

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	Bd. 124, 1,4/2010
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	Bd. 135, 1/2010
CFB	CORPORATE FINANCE biz - Finanzmanagement, Bewertung, Kapitalmarkt	5/2010
CIPReport	Der Newsletter des Zentrums für Gewerblichen Rechtsschutz	2/2010
DAR	Deutsches Autorecht	7/2010
Das Parlament	Das Parlament	28,29/2010
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	27,28/2010
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung - Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen. Organ des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB)	7,8/2010
DIE JUSTIZ	Die Justiz - Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	7/2010
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	28/2010
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	14/2010
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt	14/2010
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht	Bd. 20, 7/2010
EBE/BAG	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BAG	14/2010
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH - Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	27,28/2010
EC Tax Review	EC Tax Review	Bd. 19, 3/2010
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	13/2010
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht - European Journal of Labour Law (EJLL)	3/2010
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	14/2010
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	13/2010
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst Arbeitsrechtliche Sofortinformation	14/2010
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht - Zeitschrift für die beratende und gerichtliche Praxis	7/2010
FamRBint	Der Familien-Rechts-Berater international Informationsdienst für die anwaltliche Praxis (Beilage zu FamRB)	3/2010
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	14/2010
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte	Bd. 61, 7/2010
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit - vereint mit OLGZ	3/2010
finanzen.steuern kompakt	finanzen.steuern kompakt. Fachmagazin für die betriebliche Praxis	7/2010
FoVo	Forderung & Vollstreckung	7/2010
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht - ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	14/2010
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	14/2010

FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	14/2010
Gemeindehaushalt	Der Gemeindehaushalt - Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen	7/2010
GiP	Gleichstellung in der Praxis	3/2010
GmbHR	GmbH-Rundschau - Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	14/2010
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater Informationsdienst für die Beratungspraxis von GmbH und GmbH & Co.	7/2010
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt	40,41/2010
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht	7/2010
GRUR-Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Internationaler Teil	7/2010
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Rechtsprechungsreport vereinigt mit NJW-WettbR	7/2010
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	14/2010
GVBl. NRW	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	20,21/2010
GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz	9/2010
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht Handels- und Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Finanzierung	13/2010
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung	7/2010
InsbürO	Zeitschrift für das Insolvenzbüro - Personalwesen Organisation Tabellenführung, Treuhand- schaft, Verbraucherinsolvenz, Vergütung, Rechnungswesen Verwertung	7/2010
Intertax	Intertax	Bd. 38, 6,7/2010
IP kompakt	Informationsdienst IPkompakt Gewerblicher Rechtsschutz für die patent- und rechtsanwaltliche Praxis	7/2010
IStR	Internationales Steuerrecht Monatsschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung	14/2010
IT-Grundschutz	Informationsdienst für CIOs, IT-Manager und -Sicherheitsverantwortliche -	7/2010
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht / Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	13/2010
JA	Juristische Arbeitsblätter - Zeitschrift für Studenten und Referendare	7/2010
JMSR	Jugend-Medien-Schutz-Report Fachzeitschrift zum Jugendmedienschutz mit Newsletter - vormals BPS-Report	3/2010
JOR	Jahrbuch für Ostrecht	Bd. 51, 2010
JZ	Juristenzeitung	14/2010
KommP BY	KommunalPraxis Ausgabe Bayern - Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht	7,8/2010
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung - Wirtschaft Recht Steuern	4/2010
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen - Zeitschrift für Insolvenzrecht	2/2010

LGP	Löhne und Gehälter professionell Aktuelle Informationen und Praxisempfehlungen zu Lohnsteuer und Sozialversicherung	7/2010
MBP	Mandat im Blickpunkt - Steuern, Buchführung, Bilanzen Praxisnahe Informationen für Mitarbeiter in der Steuerkanzlei	7/2010
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht - Zeitschrift für die Zivilrechtspraxis	14/2010
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte - Hrsg. vom Vorstand der Patentanwaltskammer	7,8/2010
MPR	MedizinProdukte-Recht - Technologie - Ökonomie - Innovation	3/2010
M SchrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform	3/2010
Nds.GVBl	Niedersächsisches Gesetzes- und Ordnungsblatt	17,18/2010
Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	22,25/2010
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge	7/2010
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	30/2010
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	13/2010
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	14/2010
NRÜ	Nomos Rechtsprechungsübersicht	7/2010
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	13/2010
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	13/2010
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	29/2010
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	28,29/2010
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht - Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis	13/2010
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht Das gesamte Recht der Kapital- und Personengesellschaften	20/2010
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht und Sanierung Das gesamte Recht der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenz	15/2010
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht - Miete, Wohnungseigentum, Pacht, Makler- und Bauträgerrecht, Steuern, Wohnungswirtschaft, Versicherung, Immobilienleasing, Time-Sharing, (vereint mit NJWE-MietR),	13/2010
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht Haftungs- und Versicherungsrecht, Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, Verwaltungsrecht	7/2010
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht	1,5/2010
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv - Zeitschrift für das gesamte Bank- und Börsenwesen	7/2010
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung	13/2010
PERSONAL	PERSONAL - Zeitschrift für Human Resource Management	7,8/2010
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung - Auslandsinvestitionen - Auslandsentsendung - In-bound-Aktivitäten	7/2010
r+s	recht und schaden Unabhängige monatliche Informationsschrift für Versicherungsrecht und Schadensersatz	7/2010
RdE	Recht der Energiewirtschaft - 1979-1991: Recht der Elektrizitätswirtschaft	7/2010

RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft - Betriebsberater-International	7/2010
RPA	Zeitschrift für Vergaberecht - Recht und Praxis der öffentlichen Auftragsvergabe (Österreich)	3/2010
Rth	Rechtstheorie - Zeitschrift für Logik, Methodenlehre, Kybernetik und Soziologie des Rechts	Bd. 41, 1/2010
Sächs. GVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt - hrsg. von der Sächsischen Staatskanzlei	5/2010
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen - hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände	4/2010
SB	Stiftungsbrief - Informationsdienst für Stiftungen und ihre Berater	7/2010
sbr	Schmalenbachs business review / Schmalenbachs Zeitschrift für betriebliche Forschung englischsprachige Fassung erscheint vierteljährlich als "sbr" seit 1999	7/2010
SchAZtg	SchiedsamtsZeitung - Organ des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (bis 3/2000 unter -> SCHS-ZTG)	7/2010
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit -	7/2010
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung - Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	14/2010
SOZIALwirtschaft	Zeitschrift für Sozialmanagement	4/2010
SOZIALwirtschaft aktuell	Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft	13/2010
SPA	Schnellbrief für Personalwirtschaft und Arbeitsrecht - Aktuelle Gesetzgebung, neue Rechtsprechung und alle wichtigen Trends für die Personalarbeit	14/2010
StC	SteuerConsultant - Die kompakte Information für steuer- und wirtschaftsberatende Berufe	7/2010
steueranwaltsmagazin	Steueranwaltsmagazin - Arbeitsgemeinschaft Steuerrecht im Deutschen Anwaltverein	3/2010
SteuerStud	Steuer & Studium - Zeitschrift für die Aus- und Fortbildung im Steuerrecht	7/2010
Steufa-Z	Zeitschrift für Steuerfachangestellte	58/2010
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt - Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	13/2010
STFA	Die Steuerfachangestellten - Zeitschrift für Aus- und Weiterbildung	7/2010
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	28/2010
UBB	UnternehmerBrief Bauwirtschaft - Steuern - Bilanz - Werkvertrag / VOB - Liquidität - Finanzierung - Unternehmensführung	7/2010
UR	Umsatzsteuer-Rundschau - Hrsg. in Verbindung mit dem UmsatzsteuerForum e.V.	14/2010
US-Exportbestimmungen	Informationsdienst US-Exportbestimmungen - Ein Informationsdienst für Unternehmen, die US-amerikanische Waren einführen bzw. reexportieren, herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Köln	7,8/2010
V+T	Verkehr und Technik - Organ für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Verkehrsrecht Verkehrswirtschaft Verkehrspolitik	7/2010
VK	Versicherung und Recht kompakt - Aktueller Informationsdienst für die Schadensbearbeitung	7/2010
VR	Verwaltungsrundschau - Zeitschrift für Verwaltung in Praxis und Wissenschaft / 1955-1976: Staats- und Kommunalverwaltung	7/2010

ANHANG

WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa Zeitschrift zur Rechts- und Wirtschaftsentwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas	7/2010
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	27,28/2010
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	14/2010
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	14/2010
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik mit Beilage ANA-ZAR (Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht)	5,6/2010
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins - Organ für schweizerische Rechtspflege und Gesetzgebung Revue de la société des juristes bernois	6/2010
ZESAR	Zeitschrift für Europäisches Sozial- und Arbeitsrecht	7/2010
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge - Erbrecht - Gesellschaftsrecht - Steuerrecht	7/2010
ZFA	Zeitschrift für Arbeitsrecht	2/2010
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	14/2010
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht Monatliches Fachblatt für Schadensrecht, Versicherungsrecht, Verkehrsrecht	7/2010
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	29/2010
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis - (bis 1980: Insolvenzrecht)	28/2010
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik - Online-Zeitschrift: www.zis-online.com	7,8/2010
ZSchwR I	Zeitschrift für Schweizerisches Recht - I. Halbband	Bd. 129, 3/2010
ZWD	Zahnärzte Wirtschaftsdienst - Praxisführung - Recht - Steuern - Finanzen	7/2010
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß	Bd. 123, 2/2010